Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (2. 7. 2009)

Sand im Getriebe 75

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Umverteilen ! Umgestalten!

Wie kommen wir aus den sich überlagernden Krisen heraus? So wie es war, soll es nie wieder werden. Um Alternativen ringen die sozialen Bewegungen ebenso wie die UN-Konferenzen. Viel hängt von der Analyse der Ursachen ab.

Wolfgang F. Haug lehnt in seinem Vortrag auf dem Berliner Kapitalismuskongress von Attac-D (Titel *„Was Attacies vom Kapital von Marx wissen sollten, um die Krise zu begreifen"***)** voreilige Schuldzuweisungen ab und warnt vor **hilfloser Kapitalismuskritik**. „*Bei etwas genauerem Hinsehen tun wir uns schwer, die Spekulanten und die gierigen Banker als die Schuldigen auszumachen…Das moralische Schuldverlangen darf sich (*auch*) nicht vorschnell auf die US-Regierung festlegen."* In seinem Vortrag analysiert er die Krise mit den Kategorien von Karl Marx und Rosa Luxemburg und kommt zu dem Schluss: „*Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft dem Kapital ihre Lebens- und Überlebensbedingungen als regelndes Gesetz aufzwingt und ein Netzwerk außerkapitalistischer Stützpunkte aufbaut."*

Wolfgang Fritz Haug: Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst	**3**
Sven Giegold: Ökologisierung des Kapitalismus	**8**
Alexis Passadakis und Tadzio Müller: Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum?	**9**
Saral Sarkar: Öko-Sozialismus	**11**
Hélène Baillot, E. de Ruest: Die Weltbank fördert schwere ökologische Zerstörungen	**15**
Winfried Wolf: EuropaVerkehrsWende - JETZT**!**	**17**
Europäische Erklärung gegen Bahnprivatisierungen und für nachhaltige Transportsysteme	**18**
Tobias Pflüger Nein heißt Nein (Lissabon-Vertrag)	**19**
Bildungsstreik 2009	**20**
Ingrid Lohmann Bei der Privatisierung der Bildung ist kein Ende in Sicht	**21**
Ratschlag vom Bündnis *„Wir zahlen nicht für eure Krise"*	**22**
500€ Hartz IV / 10€ Mindestlohn	**23**
Attac De: Frankfurter Erklärung	**24**

Auch für **Sven Giegold** ist klar: *„Das kapitalistische Monster steckt in der Falle... Die Globalisierung unserer westlichen Lebensweise ist in einem Desaster von Krisen hängen geblieben… Unser konsumistisches Lebens- und Wirtschaftsmodell hat zudem in den dramatischen Klimawandel geführt – die größte aller globalen Krisen… Mittelfristig sollten wir uns deshalb selbstverständlich ein grundlegend anderes System ausdenken“.* Weil das Klima nicht wartet, plädiert er jedoch kurzfristig für einen „*Pakt mit dem Teufel“,* für die „*Ökologisierung des Kapitalismus“.* In Anlehnung an die USA in der Krise 1929 bietet er dafür den Begriff *„Green New Deal“* an.

Alexis Passadakis und Tadzio Müller widersprechen:: „*Konzeptionell … tendiert das Projekt des grünen New Deal dazu, die Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie weitgehend auszublenden. Auf diese Weise können seine Protagonisten zugleich das Märchen von einem Kapitalismus, der alle sozialen Gegensätze irgendwie harmonisch zu integrieren vermag, neu auflegen… Umweltzerstörung wurzelt eben gerade nicht ausschließlich in der Struktur des Neoliberalismus, den die Verfechter eines grünen New Deal immerhin überwinden wollen, sondern in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise selbst“.*

Der „Green New Deal“ solle ja gerade eine neue Wachstumsdynamik auszulösen und stehe so *„im direkten Widerspruch zu einer Bewältigung der Biokrise“.*

In seiner Forderung nach einer „ *postkapitalistischen Strategie des Nullwachstums“* sieht auch **Saral Sarkar** das Gebot der Stunde. Er vermeidet allerdings den New-Deal-Begriff und fordert einen Paradigmenwechsel weg vom endlosen Wachstum, der sich auch in den Begriffen niederschlagen sollte. Sein Vorschlag: **Ökosozialismus** als Leitbegriff für eine Gesellschaft, die den geplanten Rückzug aus dem Chaos der kapitalistischen Marktwirtschaft organisiert. „*Die Gesellschaft muss sich bewusst darüber verständigen, **was**, **wie viel** und **wie** zu produzieren ist, wie viel Energie und wie viel an Ressourcen wofür zur Verfügung stehen… Eine sozialistische Gesellschaft ist aber nicht nur eine **Notwendigkeit**, die sich aus der Ressourcenknappheit und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ergibt. Sie ist darüber hinaus **wünschenswert**, sofern es uns auch um Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität geht.“*

Winfried Wolfs Vorschlag für eine grundlegende **Verkehrswende** in Europa wäre so ein Beispiel für die geplante Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts.

*„**Green New Deal**“* oder *„**Ökosozialismus**“,* sollten das **die alternativen Kernbegriffe** einer zukünftiger Strategie der globalisierungskritischen Bewegung sein, nachdem ja die Kritik am Neoliberalismus und an den destruktiven Strukturen des Finanzmärkte längst Thema des gesellschaftlichen Mainstreams und selbst konservativer Parteien geworden ist?

Man kann momentan ein gewisses ideologisch-strategisches Vakuum der globalisierungskritischen Bewegung nicht leugnen. Allerdings hat sich Attac – trotz seines Namens - nie auf Finanzmärkte und Tobinsteuer beschränkt. So wird z.B. im Gründungsdokument („Frankfurter Erklärung“) von Attac-D von **drei Säulen** gesprochen, einer außerparlamentarischen, einer weltwirtschaftlichen und einer antimilitaristischen. Das ist sicherlich nicht veraltet.

Wie umverteilt und **was** umgestaltet werden muss, um die andere, die bessere (oder zumindest die weniger schlechtere) Welt zu gestalten und zu erkämpfen, darüber haben Ende Juni die Organisationen, die zu den Demonstrationen vom **28. März** aufgerufen haben, einen **Ratschlag** abgehalten.

Inzwischen gewinnen die Abwehrkämpfe an Schwung.

Eine viertel Million Schüler und Studenten haben mit dem **Bildungsstreik** ein Zeichen gesetzt. Arbeitskämpfe wie der Streik der ErzieherInnen könnten Vorboten für einen heißen Herbst sein. Die kommenden Wahlkämpfe bieten Gelegenheit, Forderungen wie die nach 10€ Mindestlohn und 500€ Regelsatz zu verstärken und den Ruf unüberhörbar zu machen:

„**Wir zahlen nicht für Eure Krise**“

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Wolfgang Fritz Haug

Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst

Was Attacies vom *Kapital* von Marx wissen sollten, um die Krise zu begreifen (1)

Sollte der Titel als Versprechen verstanden werden, alles, was die Mitglieder von Attac vom Kapital von Marx wissen sollten, um die Krise zu begreifen, würde in der kommenden halben Stunde vorgetragen, könnte man ebenso gut versprechen, mit einem Fingerhut den Müggelsee oder den Wannsee in einer halben Stunde leerzuschöpfen. Nein, einen Nürnberger Trichter kann es dafür nicht geben. Unser Ziel ist bescheidener: An einigen auch unter uns noch anzutreffenden Vorstellungen anzusetzen, um in deren Kritik ein Gespür für eine alternative Denkweise zu vermitteln – und womöglich Lust darauf zu machen, mehr davon selbsttätig – allein oder mit anderen zusammen – anzueignen.

Ausgangsvorstellungen

Eines der Probleme mit unseren spontanen Vorstellungen ist: sie sind demagogisch ausbeutbar – Extremfälle, wie sie die Gegenwartsgeschichte darbietet, lassen sich nach dem Rezept des Machiavelli verwenden. Mit ihnen füttert man die Bestie. Die Bestie, das sind wir, das Volk unterhalb der Konzernzentralen, Regierungen und Massenmedien, von denen die Dramatik der Krise „*buchstäblich mit jeder Woche neue rhetorische Maßnahmen verlangt*“, wie einer der FAZ-Herausgeber, Frank Schirrmacher, jüngst zu Protokoll gegeben hat.(2)

Worauf baut man, wenn man zu Felde zieht gegen einen durch die Gier Einzelner angetriebenen Kasinokapitalismus? Wandelt sich die Losung zu „*Ein anderer Kapitalismus ist möglich*“?

Vertrauen und Gier

Gier gilt schon seit der Antike als Todsünde, Vertrauen alias Glaube als Kardinaltugend, allerdings wird vor Vertrauensseligkeit gewarnt. „*Vertrauensverlust*“ ist die Kategorie, mit der man uns das Wesen der Finanzkrise erklärt. Zum Beispiel führte jüngst wieder der Chefökonom des IMF, Blanchard, alles hierauf zurück, wobei er den Vertrauensverlust selbst vom Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehmans Brothers ableitete. Die praktische Relevanz dieses Gedankens besteht darin, der Entscheidung der Regierung Bush, nicht auch Lehmans Brothers wie seither so viele andere Banken mit Steuergeldern zu unterstützen, die Schuld an der Lähmung des Weltfinanzsystems zu geben. Die Banker waren gierig, die Anleger vertrauensselig, nun ist das Vertrauen zerstört.

Oder laut einer der rhetorischen Maßnahmen der FAZ: „*Der amerikanische Kapitalismus brachte, weitgehend unbedrängt von staatlicher Kontrolle, seine eigenen Selbstmordattentäter hervor, deren Sprengsätze, die Derivate, selbst noch die Wirkung der fliegenden Bomben der Dschihadisten übertreffen.*“(3)

Bei Marx – der damit allerdings nicht über konkrete Geschehnisse spricht, sondern eine Aussage übers kapitalistische System im Allgemeinen trifft, hört sich das im dritten Band des *Kapital* anders an:

„*Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: […] dass die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind.*“ (MEW 25, 260)

Wir kommen auf diesen Grundgedanken von Marx zurück.

„Vertrauen“ und „Gier“ als die Kategorien, in denen die Krise und ihre Bekämpfung ausgedrückt werden, setzen bei Regungen an, die im „Innern“ jedes von uns vorgehen. Das macht sie für uns plausibel. Als theoretische Begriffe eingesetzt, sind sie falsch, wenn man unter einem theoretischen Begriff das zum verändernden Handeln befähigende Begreifen eines Wirkungszusammenhangs versteht. „Vertrauen“, „Gier“ und andere innere Regungen erhalten nämlich ihre krisenträchtige Relevanz erst von den gesellschaftlichen Verhältnissen eingeräumt.

Dass wir gegen bedruckte Papierzettel unsere Lebensmittel eintauschen können, ist eine Frage des Vertrauens. Vertrauen ist bereits von **Adam Smith** als Existenzbedingung von Papiergeld begriffen worden wie aus einem von Amartya Sen jüngst in die Diskussion eingebrachten(4) Zitat hervorgeht:

Smith: „*Wenn die Menschen eines bestimmten Landes ein derartiges Vertrauen in das Glück, die Redlichkeit und Besonnenheit eines bestimmten Bankiers haben, dass sie zu der Ansicht gelangen, dass er jederzeit auf Wunsch bereit ist, alle ihm vorgelegten Schuldscheine zu begleichen, haben diese Schuldscheine den gleichen Stellenwert wie Gold- und Silbergeld. Grund ist das Vertrauen, dass dieses Geld den Kunden jederzeit zur Verfügung steht.*“

Wir vertrauen darauf, dass der Staat dieses Zahlungsmittel garantiert; wir vertrauen zugleich darauf, dass die anderen auf diese Garantie vertrauen; und endlich darauf, dass, wie es die FAZ kürzlich ihren Lesern erklärte, „die Zahl der Zettel in einem gesunden Verhältnis zur Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen steht“.(5) Anlass für die FAZ, darüber nachzudenken, ist die Vertrauenskrise, die in spezifischer Form die Reichen erfasst hat. Sie fürchten nicht um den Arbeitsplatz, sondern um den Kurs ihrer Wertpapiere, sowie, vorausschauend, um die Kaufkraft ihres Geldes (Inflation). Flucht aus dem Geld in Sachwerte bietet sich an. Die Umsätze der Münz- und Edelmetallhändler haben sich seit Oktober 2008 vervielfacht, ja sogar der Ankauf landwirtschaftlicher Nutzfläche, während bei Bloomberg des Nachts darüber geredet wird, wie der für etwas später zu erwartenden Inflation durch spekulative Anlagen in Nahrungsmitteln und Rohstoffen auszuweichen sei.

Papst Benedikt möchte dagegen, dass wir in der weltweiten Finanzkrise die Vergänglichkeit alles Materiellen erkennen. „*Mit dem Zusammenbrechen der großen Banken*“, sagte er am 6. Oktober 2008, „*sehen wir jetzt, dass Geld verschwindet - es ist nichts.*“ Er fuhr fort: „*Wer auch immer sein Leben auf dieser Realität aufbaut, auf materiellen Dingen, auf Erfolg, der baut sein Haus auf Sand.*“ Nur das Wort Gottes könne das Fundament für ein richtiges Leben bilden (Vatikan, 6. Okt, Reuters).

Ökonomisch mochte der Vatikan allerdings nicht aufs Wort Gottes bauen. Eine Woche zuvor war durchgesickert, dass er „*eine Tonne Gold gekauft*“, in Rohstoffe investiert und dafür Aktien abgestoßen

hatte. Es geht dabei immerhin um ein Kapitalvermögen, das 2007 einen ausgewiesenen Buchwert von 1,4 Mrd € besaß; davon Devisen: 340 Mio; Anleihen und Aktien 520 Mio; Immobilien 424 Mio. Die Zahlen laut *The Tablet*, wo man die offiziellen Zahlen von 2007 ausgewertet hat.(6)

Dass Kategorien wie „Vertrauen" und „Gier" den Wirkungszusammenhang der kapitalistischen Krise verfehlen, heißt keinesfalls, dass sie gegenstandslos wären. Im Gegenteil, sie bezeichnen tatsächliche Kräfte, sind gesättigt mit alltäglicher Erfahrung und daher fest verankert in dem, was man etwas voreilig den gesunden Menschenverstand nennt.

Sprechen wir mit Gramsci zunächst lieber vorsichtiger vom Alltagsverstand. Diesem möchte man Hamlets Worte vorhalten, nachdem ihm der Geist seines ermordeten Vaters begegnet ist: „*Es gibt zwischen Himmel und Erden mehr Dinge, als eure Schulweisheit sich träumen lässt*." Nur dass es hier um in Geld ausgedrückte Werte geht, also, wenn man so will, um die Geister toter Arbeit. Geld, das seine Besitzer für sich arbeiten lassen, damit es sich übernatürlich vermehre.

Fangen wir mit einem bescheidenen Beispiel an, um den Horizont unserer Schulweisheit zu testen: Die Außenstände der österreichischen Banken in Osteuropa entsprechen in etwa dem Bruttoinlandsprodukt Österreichs, das heißt, definitionsgemäß, dem Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) gleichkommt, die innerhalb eines Jahres in Österreich hergestellt worden sind. Nun müssen die Österreicher ja von diesen Produkten leben. Wie kann es sein, dass sie diese Produkte aufessen und auf sonstige Weise verbrauchen und zugleich ihren „Wert" weggeben? Nun gut, sie mögen zehn Jahre lang jeweils zehn Prozent der Erlöse gespart und nun verliehen haben. Um dem Problem etwas mehr von seinem wirklichen Gewicht zu geben, zitiere ich aus einem Brandbrief, den eine Gruppe ehemaliger EU-Kommissare und Regierungschefs am 19. Mai 2008 an den Präsidenten der europäischen Kommission gerichtet hat und den nicht nur Helmut Schmidt, sondern sogar Otto Graf Lambsdorff, Urgestein des Wirtschaftsliberalismus, unterschrieben hat. Als das Problem der Probleme benennt der Brief die bisher in der EU herrschende Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik, die „*auf Unterregulierung, ungenügender Überwachung und Unterversorgung mit öffentlichen Gütern*" basiert. Wer würde da widersprechen? Und schließlich deuten die Delors, Schmidt, Lambsdorff und andere auf das mysteriöse Ding zwischen Himmel und Erde, den alle Vorstellungen übersteigenden Kreditberg, den sie als *fiktives Kapital* bezeichnen, vermutlich ohne zu wissen, dass Karl Marx diesem Begriff seine aktuelle Fassung gegeben hat: „*Finanzanlagen repräsentieren nun das Fünfzehnfache des Bruttoinlandprodukts aller Länder*." Ihr Geldausdruck entsprach der Summe der Preise aller Produkte und Dienstleistungen, die die Menschheit in fünfzehn Jahren hervorgebracht und doch wohl auch größtenteils verzehrt hat? Erscheint uns hier der Geist des konsumierten Reichtums in der Gestalt von Finanzanlagen?

Mit dem „gesunden Verhältnis" des Geldes „zur Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen", von dem der vorhin zitierte FAZ-Autor träumte, kann es also nicht weit her sein – und das offensichtlich nicht erst seit dem Zusammenbruch von Lehmans Brothers.

Die Vorstellung vom „anständigen Kapitalismus" der „Realwirtschaft"

Ohne weiter in den Wirkungszusammenhang einzudringen, der sich in diesem Geisterbau des fiktiven Kapitals ausdrückt, beschwören die Delors, Schmidt usw. die Rückkehr zum „anständigen Kapitalismus". In dessen Bestimmung meint man, ein leises Echo auf die Losung des Weltsozialforums, „die Welt ist keine Ware", zu vernehmen: „*Profitstreben ist das Wesen einer Marktwirtschaft. Doch wenn alles zum Verkauf steht, schmilzt der gesellschaftliche Zusammenhalt, und das System bricht zusammen*."

Gut gebrüllt, Löwe. Wir möchten zustimmen. Gier, Spekulation und Kasinokapitalismus mit ihren heuschreckenartig alles Feste fressenden und zum Verdampfen bringenden Akteuren haben uns in die Krise geführt. Aufatmend flüchten wir in die Welt der so genannten „Realwirtschaft".

Aber auch hier gibt das Problem keine Ruhe. Hat nicht der Realunternehmer Merkle sich vor den Zug geworfen, nachdem er seine Börsenwette gegen den Finanzchef des ebenso realwirtschaftlichen Porschekonzerns verloren hat?

Wem das nicht genügt, dem sei vorgehalten, dass der amerikanische „Analyst" Henry Plodget General Electrics als „*gigantischen Hedge-Fonds, der auch Kühlschränke herstellt*", beschreibt.(7) Aber warum in die Ferne schweifen? Haben nicht schon vor Jahren Siemensleute ihren Konzern als eine Bank geschildert, die sich nebenbei auch noch eine Art Hobby-Werkstatt leiste? Wie Siemens jonglierte auch Volkswagen mit Milliardebeträgen, um Währungsdifferenzen auszunutzen. General Motors tat sich schon lange schwer, mit Autos Geld zu verdienen; was den Konzern zuletzt in den Ruin getrieben hat, waren die Finanzgeschäfte, die zuvor den Gewinn eingespielt hatten.

Kurz: Die Trennung von Finanzkapital und Industriekapital ist zwar nicht gegenstandslos, doch erstens besteht sie nur relativ und zweitens ist sie ein Zu-Erklärendes, das selber nichts erklärt.

Nach Robert Brenner ist die - in der linken Theoriedebatte bei uns seit den 90er Jahren vorherrschende - „*Idee eines finanzgeleiteten Kapitalismus ein Widerspruch in sich*", weil die Finanzerträge außer beim Kundenkreditgeschäft „*auf fortwährende Gewinnerzielung in der Realwirtschaft angewiesen*" sind (7). Kapital hat viele Formen. Als industrielles Anlagekapital verkörpert es sich in Produktionsmitteln. Sie haben auf den ersten Blick etwas Beruhigendes. Man kann sie ansehen. Wo sie sind, gibt es auch Arbeitsplätze. Doch die Beruhigung täuscht. „*Das Wesen ist in die Funktionale gerutscht*", heißt es bei Brecht. Man kann Fabriken fotografieren oder Maschinen. Doch ihren Kapitalcharakter hat man damit nicht fotografiert. So wenig wie man Lohnarbeit als solche fotografieren kann. Das sind nämlich zwei Seiten eines **gesellschaftlichen Verhältnisses**.

Natürlich ist „finanzielle Dienstleistung" ein Euphemismus, da die Akteure des Finanzsystems nicht der Realökonomie *dienen*, sondern primär sich selbst: Selbstbedienung auf dem Wege der Fremdbedienung ist die Losung. Jeder ist unter den gegebenen Verhältnissen sich selbst der nächste. Wer sich darüber entrüstet, vergisst, dass dies auch für jeden Bäcker, überhaupt für alle kapitalistische Realökonomie gilt. Die Akteure der kapitalistischen Marktwirtschaft „*dienen*" der allgemeinen Bedürfnisbefriedigung nur in dem Maße, das ihnen selber dient. Es ist eine Frage der Kräfteverhältnisse zwischen angeblich Dienenden und Bedienten, was da wirklich für Dienste geleistet werden. Dies einmal von Grund auf begriffen, hat **Peter Gowans** Forderung, mit der Vorstellung zu brechen, dass „*Veränderungen der sog. Realwirtschaft sich auf einen vermeintlichen finanziellen Überbau auswirken*",(8) keinen Sinn. Dass der finanzielle Überbau sich selbst zu bedienen strebt, enthebt ihn nicht des Überbaustatus. Vermutlich tendiert dazu jeder Überbau.

Der Finanzmarkt muss als Moment des kapitalistischen Gesamtprozesses untersucht werden, aus dem er herauswächst und dem er seine Kreditvehikel zur Verfügung stellt – oder auch nicht, wie im gegenwärtigen Moment der Stockung des Kapitalflusses zwischen den Banken. Wahr ist allerdings, dass der Finanzmarkt *dann* nicht als Effekt der „Realökonomie" betrachtet werden dürfte, würde man diese mit der Gebrauchswertseite der Wirtschaft verwechseln. Wenn aber „Realökonomie" den realen Prozess der kapitalistischen Produktion bezeichnet, wenn man also die Verwertungsbeziehungen als zur Realität gehörend, ja als das Real-Herrschende begreift, dann sind die Finanzmarktbewegungen tatsächlich Ausdruck der wirklichen Ökonomie. Denn die Gebrauchswertwirtschaft ist nicht die wirkliche Ökonomie. Sie gleicht eher deren Geisel.

Omnipräsenz der Spekulation im Kapitalismus (I)

„Spekulation" ist „Mystik für den Verstand" (Jaspers, *Philosophie*, 3, Met., 135)

Aber hat es nicht wenigstens einen Sinn, die „Spekulanten" zu verurteilen? Auf diese Frage lassen sich Antworten auf zwei Ebenen suchen. Die erste ist dem gesunden Menschenverstand leichter zugänglich, weil Wirtschaftspolitik angebbare Akteure und damit auch Schuldige kennt, während die zweite systemisch ist und wir uns mit unserem moralischen Verlangen nach persönlich zurechenbarer Schuld hier schwer tun.

Halten wir uns also zunächst an die Ebene der Politik. Hier stoßen wir zumal bei der Hauptmacht des Kapitalismus, den USA, auf die Politik, „*der unzureichenden Nachfrage durch die Förderung vermehrter Kreditaufnahme zu begegnen – im öffentlichen wie im privaten Bereich*" (6). Der US-amerikanische marxistische Wirtschaftshistoriker **Robert Brenner**, den ich soeben zitiert habe, hebt hervor: Unter Clinton galt: „*Die private Verschuldung übernahm die Rolle, die zuvor der öffentliche Kredit gespielt hatte. An die Stelle des traditionellen Keynesianismus trat etwas, was man* ***„Vermögenspreis-Keynesianismus"*** *nennen könnte*." Die momentanen Kurse von Wertpapieren und die Hauspreise dienen dabei als Basis für Konsumentenkredite. Unter Busch hat sich daran nur insofern etwas geändert, als nun auch der Staat auf Pump lebte, schon um zwei Kriege finanzieren zu können, ohne auf Steuergeschenke an die Reichen zu verzichten. Nach dem Platzen der Dot.com-Blase stützte sich der „Vermögenspreis-Keynesianismus" auf den Immobilienmarkt. Dass einige Staaten und staatlichen Notenbanken konjunkturpolitisch geradezu als Zuhälter der Spekulation gehandelt haben, erklärte die FAZ im März 2008 als Folge des „*Doppelschlags*", der die US-Ökonomie 2000-2001 getroffen hat: „*Erst platzt die Internetaktienhausse, dann folgen die Terrorangriffe vom 11. September*." (10) Die Politik antwortete mit Kaufaufrufen, Zinssenkung und Krediterleichterungen, um, wie Peter Gowan (11) gezeigt hat, das Platzen der Dot.com-Blase frei nach **Minsky** strategisch durch den Aufbau der Immobilienblase zu kompensieren. „*Wir haben daher*", fährt Brenner fort, „*während der letzten etwa zwölf Jahre das außergewöhnliche Schauspiel einer Weltwirtschaft erlebt, in der die Fortdauer der Kapitalakkumulation buchstäblich abhängig geworden ist von historischen Wellen der Spekulation, sorgfältig genährt und rationalisiert durch die staatlichen Entscheidungsträger und Behörden*" (Brenner 2009, 6).

Und selbst jetzt noch, da die Große Krise noch immer keinen „Boden", wie die Börsianer sagen, gefunden hat, beschreibt der Leiter der Abteilung Volkswirtschaft der DZ-Bank die Situation folgendermaßen: „*Der zweifellos auf der Welt vorhandene Geldüberhang dürfte sein Ventil eher in einer neuen "asset bubble" finden*"(12), einer erneuten „*Anlagen-Spekulationsblase*" - das ist der Kern von Brenners Vermögenspreis-Keynesianismus.

Doch Vorsicht! Das moralische Schuldverlangen darf sich nicht vorschnell auf die US-Regierung festlegen. Denn die ganze Welt hat davon profitiert. Dass die USA in Folge jener Politiken zunehmend mehr verbrauchten, als sie herstellten, wurde zum Konjunkturmotor am Weltmarkt. Chinas Überproduktion bildete gleichsam die komplementär-dynamische Gegenmenge zur US-Überkonsumtion. Dafür legte China seine Handelsüberschüsse vornehmlich in US-Staatsanleihen fest. Es profitierte, indem es seine menschlichen und naturalen Ressourcen zur Ausbeutung preisgab. Dieses Verhältnis, bei dem die industrielle Entwicklung Chinas mit der partiellen industriellen Abwicklung in kapitalistischen Wohlstandszonen Hand in Hand ging, war China so viel wert, dass es sogar die bereits 2005 von Andre Gunder Frank(13) berechnete Entwertung seiner US-Anlagen um schätzungsweise eine halbe Billion US-Dollar in Kauf nahm.

China führte, nur leicht gebremst, diese Politik selbst dann noch fort, als es zu panischen Verkäufen an den Weltbörsen gekommen war - Auftakt zur jetzigen Großen Krise.

Langer Rede kurzer Sinn: bei etwas genauerem Hinsehen tun wir uns schwer, die Spekulanten und die gierigen Banker als die Schuldigen auszumachen. Sind es die Politiker bzw. „der Staat", wie die Wirtschaftsliberalen sagen?

Überkapazitäten oder Kapital-Überproduktion?

Sollte man nach dem zuletzt Ausgeführten womöglich vom konsumkreditgetriebenen Kapitalismus sprechen? Um solchen Schlagwörtern zu entgehen, wechseln wir die Analyseebene. Das Problem der Probleme, „die Hauptursache", ist für Brenner das Sinken der Profitrate. Wo er dieses Sinken auf „*eine anhaltende Tendenz zur Überkapazität in der weltweiten verarbeitenden Industrie*" zurückführt (5), unterscheidet Marx drei krisentheoretisch wichtige Wirkungszusammenhänge. Den ersten fasst er als einen dem Verwertungsprozess innewohnenden Mechanismus der Produktivkraftentwicklung; den zweiten als Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, den dritten als Gesetz der Kapital-Überakkumulation. Es ist also kein bloßer Streit um Worte, wenn wir uns mit der zunächst bequemer erscheinenden Kategorie der Überkapazität nicht zufrieden geben, sondern mit Marx ins innere Getriebe des Kapitalverwertungsprozesses im systemischen Ganzen vorzudringen versuchen.

Extraprofit als Magnet der Produktivkraftentwicklung

Wenigstens in Stichworten: Dank einer dem Standard vorauspreschenden Produktivkraftentwicklung können Einzelkapitale einen Extraprofit erzielen. Die Konkurrenten müssen bei Strafe des Untergangs mitziehen, wodurch das neue Produktivitätsniveau zum Standard wird und der Extraprofit erlischt bzw. neu entspringt. Das Kapital kann sich folglich im Ganzen nicht anders vermehren, als indem es zugleich seine Produktionsweise permanent umwälzt. Der letzte große Sprung dieser Art war der zur computergestützten Produktionsweise, der sich noch immer als Destabilisierung und Dynamisierung aller Produktions-, Politik- und Lebensverhältnisse auf der Erde bemerkbar macht in der Dynamik des transnationalen Hightech-Kapitalismus, dessen erste Große Krise wir zur Zeit erleben.

Produktivitätsschübe setzen Arbeitskräfte frei, *wenn* sie nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen werden. Für den Fall, dass derartige Freisetzung nicht durchs Wachstum neuer Branchen ausgeglichen wird, hat Emil Lederer zur Zeit der letzten Großen Krise, der des Fordismus, in den 1930er Jahren den Begriff der technologischen Arbeitslosigkeit eingeführt. Für uns Heutige bietet sich in der Großen Krise des Hightech-Kapitalismus der Begriff der hochtechnologischen Arbeitslosigkeit an. Die Versuchung liegt nahe, angesichts ungünstiger Kräfteverhältnisse regressiv zu reagieren wie einst die Maschinenstürmer und die Rückkehr zu arbeitsintensiven Produktionsweisen zu fordern.

Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate

Auf der Produktivitätsdynamik fußt nun eine weitere, deren Effekt auf den ersten Blick verrückt erscheint: je mehr stofflichen Reichtum die menschliche Arbeit zu schaffen vermag, desto schwächer wird – im Kapitalismus! – der Antrieb zur Reichtumsproduktion. Antrieb ist ja nicht der stoffliche Reichtum an Gebrauchswerten, sondern der abstrakte an Mehrwert im Verhältnis zum eingesetzten Kapital. Mit der Produktivkraftentwicklung schrumpft die lebendige im Verhältnis zur toten Arbeit, und mit der steigenden Komplexität der Anlagen tendiert deren Geldausdruck im Verhältnis zu dem in Lohn ausgedrückten Kapitalteil nach oben. Sofern nun die „*Wertzusammensetzung des Kapitals […] durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderungen widerspiegelt*“, spricht Marx von der „*organischen Zusammensetzung des Kapitals*“ (MEW 23, 640). Wenn aber nur die Arbeit Mehrwert bildet und die Profitrate durch das Verhältnis des Mehrwerts zum eingesetzten Kapital bestimmt ist, ergibt sich das Gesetz, dass bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate fällt. Nehmen wir ein empirisches Beispiel: kostete 1970 eine Chipfabrik 30 Mio, so kostet sie heute ca. 4 Mrd , mehr als das Hundertfache. Nun zeigt dieses Beispiel auch, wie Produktivkraftentwicklung die Herstellung der Produktionsmittel erfassen und die Produkte verändern kann. Wenn sie die Lebensmittel im weitesten Sinn ergreift, wozu inzwischen auch Chips gehören, kann sie die relativen Kosten der Arbeitskraft senken und damit die Ausbeutungsrate erhöhen. Diese beiden realen Möglichkeiten nennt Marx „*entgegenwirkende Ursachen*“ und spricht daher vorsichtig vom „*tendenziellen Fall*“ der Profitrate. Da sich mit den Produktivkräften auch die Materialien und die Güter verändern, lässt sich der Vergleich nicht ohne weiteres in quantifizierende Formeln fassen. Eine mathematisch-logizistisch verkürzte Marx-Rezeption lehnt daher dieses Tendenzgesetz rundweg ab.

Sich mit der brennerschen Überkapazitätsthese zufrieden zu geben, ist unmittelbar näher an den Phänomenen. Die Arbeitswerttheorie wird entbehrlich, und wie in der Vulgärökonomie begnügt man sich mit Angebot und Nachfrage. Allerdings lässt sich dann nichts mehr aussagen für den Fall, dass Angebot und Nachfrage sich ausgleichen.

Wie immer man das Sinken der Profitrate erklärt, der Wirtschaftshistoriker Brenner kann zeigen, dass es sich dabei um eine langfristige Tendenz handelt. Und diese Tendenz bildet den Boden einer Reihe von Profit-Forcierungspolitiken, deren Folgen sich in der jetzigen Krise entladen.

Gesetz der Kapital-Überakkumulation

Der kapitalistisch Gesamtprozess regelt sich nicht nur reaktiv aus der Verfehlung des Gleichgewichts, wie die private Warenproduktion als solche, sondern die Verfehlung ist dem bestimmenden Zweck und treibenden Motiv des Kapitals, der Aneignung von Mehrwert und seiner Verwandlung in zusätzliches Kapital, eingeschrieben und schlägt in unregelmäßigen Abständen um in Kapitalvernichtung.

Mündet der kapitalistische Produktivismus in ein stets wachsendes Mehrprodukt, so zeigt sich die kapitalspezifische Natur dieses Reichtums darin, dass er sich auch nur kapitalistisch, das heißt, als Einsatz zwecks weiterer Reichtumsvermehrung realisieren lässt. Die gesellschaftliche Reproduktion ist nie Zweck, allenfalls Effekt der Selbstvermehrung des Kapitals.

Das Mehr, um das sich beim Kapitalprozess alles dreht, hat somit sein eigenes Realisationsproblem. Es realisiert sich, indem er sich in neues Kapital verwandelt. Als neues Kapital verwandelt er sich nach dem Umtausch in seine sachlichen und persönlichen Produktionsmittel und nach dem Produktionsdurchgang wiederum in Waren. Doch nun erhebt sich, bei jedem Durchgang auf wachsender Stufenleiter erneut, die Frage, woher die zahlungsfähige Nachfrage nach diesen Produkten kommt. Diese Frage hat Rosa Luxemburg aufgegriffen und ihrem ökonomietheoretischen Hauptwerk über die Akkumulation des Kapitals zugrunde gelegt:

„*Wie ist es aber mit der Realisierbarkeit der Früchte jener Ausbeutung, mit den Absatzmöglichkeiten?*“ (Luxemburg, GW 5, 418)

Dieses Mehr lässt das Kapital einzig für sich selbst produzieren. Nun zeigt sich, dass seine ihm gleichgültige Umwelt ihm doch nicht gleichgültig sein kann. Sie dient dem Kapital als Realisierungsmittel. Doch der Witz des Kapitals ist, dass es die Realisierungsmittel gerade selbst aneignet, also der Gesellschaft vorenthält.

Eine Menge finanzieller und wirtschaftspolitischer Instrumente sind erfunden worden, um zu verhindern, dass dieser Widerspruch explodiert. Doch sie können den Ausbruch der Krise nur verzögern, und die Nebenwirkungen dieser Medikamente bilden ebenso viele neue Krisenpotenziale. Im *Manifest* beschreibt Marx, noch ohne schon die Feinanalyse des Krisenmechanismus geleistet zu haben, die Folgen dieses Widerspruchs zweiter Ordnung:

„*Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; anderseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert*.“ (MEW 4/468)

Im *Kapital* geht es dann vollends zur Sache. Hier der Boden, auf dem die Finanzkrise erwächst, begrifflich ausgemessen: Überproduktion von Kapital – diese „*ergänzende Erscheinung*“ von „*unbeschäftigter Arbeiterbevölkerung*“ (MEW 25, 261) - treibt immer mehr Geldkapital zur Anlage in Papiere, die handelbare „*Ansprüche des Eigentums auf die Arbeit*“ (493) darstellen. Wird der Kurs dieser Eigentumsansprüche durch die Vermehrung des anlagesuchenden Kapitals nach oben getrieben, was wiederum den Antrieb zur Anlage steigert, bläht das fiktive Kapital sich zur ^*Börsenblase*^ auf. Vervielfacht durch den auf seine spekulativen Objekte gezogenen Kredit, beschäftigt anlagesuchendes Geldkapital sich gleichsam so lange mit sich selbst – bis die Kapitalfiktion platzt.

Omnipräsenz der Spekulation im Kapitalismus (II)

Der Kurs oder Anlagepreis ist das eigentliche Objekt der Spekulation. Über ihn entscheidet, aufgrund bestimmter Erwartungen, das Spiel von Angebot und Nachfrage. Die Subjekte `spielen´ dabei die entscheidende Rolle, aber nicht individuell, sondern als Feld, auch nicht intersubjektiv, interaktiv, sondern interdependent. Sie verhandeln nicht darüber, sondern belauern einander. Das gilt auch und erst recht, wenn das Feld entscheidend von aggregierten Kapitalanlegern in Gestalt der Fonds bestimmt ist.

Handelt das Feld aufgrund einer Situationsbewertung so oder so, vernichtet es auch schon den bestimmten Ausgangswert, und zwar immer in der unterstellten Richtung. Wird aufgrund der entgegengesetzten Erwartung mehrheitlich gekauft, ist der Preis immer schon gestiegen. Will das Feld mehrheitlich verkaufen, weil der Preis im Vergleich zum erwarteten Einbruch für noch günstig gehalten wird, ist der Preis auch schon gefallen. Die vorpreschenden Einzelfälle, bei denen die ursprüngliche Rechnung noch aufgeht, sind Teil des Anstoßes, der die massenhafte Wiederholung des Glückens durch andere verhindert.

Ausschlaggebend fürs Verhalten des Marktteilnehmers ist das von ihm erwartete Kauf- und Verkaufsverhalten der anderen. Er wird kaufen, wenn er erwartet, dass sie kaufen, und verkaufen, wenn er erwartet, dass sie verkaufen. Er wird vertrauen, wenn er darauf vertraut, dass sie vertrauen. Der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen. Es geht darum, das Feldverhalten zu antizipieren, um einen Vorteil daraus zu ziehen.

Denken, Verhalten und Verhältnisse schließen sich hier zu einem Rückkoppelungszusammenhang. Das Handeln fällt ins Objekt. Irgendwann schlägt dann das Irreale oder Real-Imaginäre dieser erwarteten Erwartungen oder begehrten Begierden, das von den stofflich investierten Kapitalprozessen an der langen Leine gehalten wird, in die Krise um. Dies macht die Börse für Hayek zu einer „*Parabel für seine Gesellschaftstheorie*“ (Seuß 1989), und wir könnten bescheidener sagen: zu einem Gleichnis für den Markt überhaupt. Nur dass bei der Börse alles vergrößert und wie im Zeitraffer erfolgt, während sich die Rückkoppelung beim Markt produzierter und reproduzierbarer Güter normalerweise unvergleichlich langsamer auswirkt, weil sie durch die Produktions- und Zirkulationszeit hindurch muss, womöglich sogar durch die Zeit der Umrüstung von Anlagekapital. In der Krise kann der lähmende Rückschlag aufs industrielle und Handelsgeschehen dann aber fast unmittelbar erfolgen.

Trotz ihres eigenen Zeitregimes spiegelt die Börse, auch wenn sie *`verrückt spielt´*, den normalen Gang einer Prozessstruktur, die sich immer erst nachträglich, über ihre Resultate reguliert. Und wie das Geld, der abstrakte Reichtum, schließlich doch immer wieder zurück muss zum konkreten Reichtum, wird auch der Börsenverlauf, so surreal er sich gebärdet, endlich wieder zurückgebunden an den Verwertungsprozess des Kapitals. Wenn aber die Börsenkrise zurückschlägt auf den Gesamtprozess und mitten im überquellenden Reichtum die Not der allgemeinen Wirtschaftskrise über die Gesellschaft hereinbricht, zeigt sich ihr Surreales als das Herz der Realwirtschaft. Das Oszillieren ist nur die Form, in welcher der planlose Plan aller privat-arbeitsteiligen Produktion sich bewegt. Darin, dass dem Überfluss an Reichtum der allgemeine Mangel entspringt, drückt sich die „*Plusmacherei*“ als Selbstzweck aus. Sie treibt die Gesellschaft zur „*Produktion um der Produktion willen*“. Das System spielt „*wer gewinnt, verliert*“. Sein Erfolg stürzt es in die Krise. In mehr oder weniger blinden Konvulsionen vernichtet das System, was es stört: überschüssiges Kapital und damit auch die „Überkapazität“ Brenners. Dabei zerstört es Habe, Heimat und Leben der Völker.

Was folgt daraus?

Selbst wenn tatsächlich „ein anderer Kapitalismus“ das Maximum des in absehbarer Zeit Erreichbaren darstellen sollte, wäre er doch nur zu erreichen, wenn über seine Grenzen hinausgegangen wird. Sowohl in der Praxis als auch – weiter ausgreifend – in der Theorie. Marx kann klärend dazu beitragen, dass das Hinaus über den Kapitalismus nicht in ein bewusstloses Zurück umschlägt. Unsere Regierenden laborieren längst an den Grenzen des Kapitalismus. Ich-AG und Ein-Euro-Jobs sind noch in Erinnerung, und auch die Erfindung der Null-Kurzarbeit verdient bei allem Bedrohlichen die fröhliche Kritik derer, die darin die Hilflosigkeit ihrer Oberen erkennen.

Im marxschen *Manifest* heißt es:

„Es tritt hiermit offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d.h., ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft“.

Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft dem Kapital ihre Lebens- und Überlebensbedingungen als regelndes Gesetz aufzwingt und ein Netzwerk außerkapitalistischer Stützpunkte aufbaut.

(1) Vortrag auf dem Kapitalismuskongress von Attac in Berlin, 6.-8. März 2009, sowie bei der Grünen Bildungswerkstatt Wien am 21. März 2009.

(2) Frank Schirrmacher, „Gehen Sie jetzt nach Hause!“, FAZ, 24.11.08, 33.

(3) Berthold Kohler, „Kettenreaktion“, FAZ, 26.9.08, 1.

(4) Amartya Sen, „Adam Smith wäre schockiert“, in: Financial Times Deutschland, 19.3.09, 24.

(5) Stefan Ruhkamp, „Rein in die Kartoffeln“, FAZ, 28.2.09, 13.

(6) „Vatikan investiert verstärkt in Gold“, FAZ, 29.9.08, 14.

(7) “GE sendet Krisensignale“, Handelsblatt, 26.9.08, 1

(8) “...that changes in the so-called real economy drive outcomes in a supposed financial superstructure“.

(9) Robert P. Brenner, Interview mit Seongjin Jeong in: *Sozialismus*, 36. Jg., 2009, H. 3, 5-12.

(10) Benedikt Fehr, „Der Weg in die Krise“, FAZ, 18.3.08, 11

(11) Peter Gowan, „Crisis in the Heartland. Consequences of the Wall Street System“, Editorial, NLR 55, Jan./Febr. 2009, 5-29.

(12) Hans Jäckel, „Was kommt nach dem Tiefpunkt?“, FAZ, 2.3.09, 18.

(13) Andre Gunder Frank, *Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem*, Wien 2005; vgl. meine Besprechung in *Das Argument* 268/2006, 304f.

Sven Giegold
Ökologisierung des Kapitalismus

Das kapitalistische Monster steckt in der Falle. Die Globalisierung unserer westlichen Lebensweise ist in einem Desaster von Krisen hängen geblieben. Zugegeben: Einige hundert Millionen Menschen in den Schwellenländern konnten ihre Einkommen deutlich verbessern, in China, Indien, Brasilien und Co. bildete sich eine Mittelschicht. Doch weil dadurch die Preise für Öl und Erdgas, für Metalle und Nahrungsmittel explodierten, konnten die Armen ihr Recht auf Nahrung und Energie nicht mehr einlösen. Die Zahl der Hungernden weltweit liegt heute mit mehr als einer Milliarde höher als jemals in der Menschheitsgeschichte.

Unser konsumistisches Lebens- und Wirtschaftsmodell hat zudem in den dramatischen Klimawandel geführt – die größte aller globalen Krisen. Deren Folgen machen sich erst langsam bemerkbar.

Die Schere zwischen Arm und Reich aber öffnet sich bereits heute immer weiter: Die Armen der Welt konkurrieren miteinander um die niedrigsten Löhne, während die Bestverdienenden einen immer größeren Teil des weltweiten Reichtums auf sich vereinigen.

Zu guter Letzt platzte im Herbst 2008 endgültig eine unvorstellbare Spekulationsblase auf den internationalen Finanzmärkten. Im Zuge der neoliberalen Globalisierung waren die Grenzen für Banken, Hedge-Fonds und andere Finanzakteure weltweit geöffnet worden, die ökonomischen Regeln aber blieben weitgehend national – und waren in einem verrückten Wettlauf der Finanzplätze immer weiter ausgehöhlt worden. Das endete mit gigantischen faulen Krediten in den Büchern fast aller großen Banken, deren Eigenkapital dafür bei weitem unzureichend ist. Nun findet sich die Welt in der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1920er Jahren wieder.

Es ist atemberaubend, welche politischen Energien dieses Krisenpotpourri freigesetzt hat: Innerhalb weniger Monate machten die Regierungen weltweit und koordiniert mehrere tausend Milliarden Euro locker für Bankenrettungs- und Konjunkturpakete. Dieselben Politiker hatten zuvor das Bitten und Betteln der Gutmenschen aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen immer an sich abperlen lassen: Weltweit soziale und ökologische Regeln? Unmöglich! Einige Milliarden für den Schutz der Regenwälder? Zu teuer! Stets hieß es: Regierungen würden sich niemals einig.

In diesen Tagen der Globalisierungskrise lernen wir, dass alles eine Frage des Willens und der Größe des Problems ist. Ganze Schiffsladungen von Büchern aus Politik- und Wirtschaftswissenschaften müssten neu geschrieben werden, die die Möglichkeit anspruchsvollen globalen Regierens bezweifelten. Doch die alten, eigentlich demontierten „Experten“ sitzen schon wieder in Talkshows und Beratungsgremien.

„Die Umweltbewegung ist gerade dabei, eine historische Chance zu vergeben“

Die Krisen-Milliarden fließen nicht in die Rettung des Planeten vor der Klimakatastrophe, sondern ganz überwiegend in die Taschen von alten Industrien und Bankaktionären. Abwrackprämien, Investitionen in den Straßenbau und gar in neue Kohlekraftwerke werden mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise gerechtfertigt – das müsse nun mal sein.

Und was macht die deutsche Umweltbewegung? Sie diskutiert über Grundsatzfragen. BUND und Brot für die Welt veröffentlichen eine gut sechshundertseitige Studie unter dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland II“ und räsonieren in unzähligen Veranstaltungen über das Wirtschaftswachstum an sich. Auf einem Attac-Kongress diskutieren mit 2.500 Leuten „die Systemfrage“. Greenpeace hängt Banner an Hochhausfassaden: „Wäre die Welt eine Bank, hättet Ihr sie längst gerettet“. Klar, ein cooler Spruch – aber hat das alles irgendwelche Folgen? Die genannten Organisationen veranstalten Ende April gemeinsam einen großen Kongress in Berlin: „McPlanet.com IV“ – hoffentlich findet die Umweltbewegung dort von den Grundsatzfragen zum gemeinsamen Handeln in der Krise.

Derzeit sind wir dabei, eine historische Chance zu vergeben. In Südkorea ist die Regierung dem Ruf des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon gefolgt und hat einen „Grünen New Deal“ aufgelegt. Dort gehen 80 Prozent des 50 Milliarden US-Dollar schweren Konjunkturpakets in den Aufbau einer Grünen Ökonomie, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und zugleich den Ausstoß von Treibhausgasen senken soll. In Großbritannien verlangen Umweltverbände in einem beeindruckend breiten Bündnis mit Gewerkschaften und linken Gruppen ebenso einen Green New Deal (www.putpeoplefirst.org.uk). Und der Druck zeigt Wirkung: Premierminister Gordon Brown hat sich – zumindest rhetorisch – an die Spitze dieser Bewegung gestellt. In den USA gibt es eine Koalition, die Gewerkschaften, Umweltverbände, prominente Politiker der Demokraten wie Al Gore und Ökonomen wie den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz zusammenbringt. Selbst Saudi-Arabien steckt im Rahmen seines Konjunkturpakets Unsummen in den Öko-Sektor. Und in Deutschland? Seltsam temperamentlos wird hier über die Probleme geredet. Fast ohne öffentliche Debatten schüttet Schwarz-Rot milliardenschwere Füllhörner über ihrer Klientel aus.

Wann, wenn nicht jetzt, sollen die politischen Energien aufgebracht werden, das Ruder der Weltökonomie herumzureißen?

Massenhafte Investitionen in Gebäudesanierung warten. Besitzer von Altbauten sind bisher nicht zur Dämmung verpflichtet, die Mieter rechtlos – ein einfaches Gesetz, mit dem Mieter eine energieeffiziente Wohnung einklagen könnten, schüfe Hunderttausende von Arbeitsplätzen.

Die ressourcenschonende Kraft-Wärme-Kopplung würde massiv gefördert, wenn es mehr Geld gäbe für den Aufbau von Leitungsnetzen, die die Abwärme aus dezentralen Kraftwerken zum Heizen von Gebäuden nutzbar machen.

Viele Windenergie-Projekte (vor allem auf See) stehen auf der Kippe, weil klamme Banken die Finanzierungen verzögern oder verteuern. Der Ausbau der Windenergie an Land leidet unter ideologischen Investitionsblockaden in vielen unionsregierten Bundesländern.

Elektromobilität wäre eine riesige Chance für mehr Energieeffizienz im Verkehrssektor – doch beim Aufbau der nötigen Infrastruktur gehen etwa Dänemark, Neuseeland, Kalifornien oder Israel viel mutiger voran.

Im Wahlkampf werden alle Parteien über Wege aus der Wirtschaftskrise reden, zugleich wünscht sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger von der Politik mehr Taten gegen den Klimawandel. Jetzt müssten sich Gewerkschaften, Umweltverbände und progressive Wirtschaftsunternehmen zusammentun und gemeinsam einen „Grünen New Deal“ fordern.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Grundsatzfragen von Attac, BUND,

Greenpeace und Brot für die Welt sind allemal berechtigt. Dem Kapitalismus wohnt der Drang zum Wachstum und zur ökonomischen Verwertung alles noch Unverwerteten inne. Natürlich muss man bezweifeln, dass unendliches Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten langfristig möglich ist. Allerdings muss unser Naturverbrauch schnell schrumpfen. Innerhalb weniger Jahre sind riesige Investitionen nötig in Gebäudebestand und Energiesysteme, in neue Formen der Mobilität und Veränderungen in der Landwirtschaft. Investitionsschübe jedoch waren in der Vergangenheit immer begleitet von Wachstum des Sozialprodukts. Es spricht viel dafür, dass es auch bei einer grünen industriellen Revolution so sein wird. Das monetäre Bruttoinlandsprodukt wird wachsen, damit der Naturverbrauch schrumpfen kann. Fragwürdig ist nicht die Kritik an Wachstum und Kapitalismus, sondern die Schwerpunktsetzung der sozialen Bewegungen in Zeiten der Krise. Die historische Chance der Globalisierungskrise kann nicht nutzen, wer Recht hat, sondern wer jetzt Druck für überzeugende Antworten macht.

Natürlich bleiben viele gute Gründe, den Kapitalismus scharf zu kritisieren

An der fragwürdigen kulturell prägenden Kraft des Kapitalismus wird auch seine Begrünung nichts ändern – Konsumwahn und Materialismus wird es dann immer noch geben. Immer noch werden mächtige Konzerne zu den Profiteuren gehören. Mittelfristig sollten wir uns deshalb selbstverständlich ein grundlegend anderes System ausdenken.

Deshalb ist es auch richtig, die Systemfrage jetzt zu diskutieren, wo die Zweifel am globalen Kapitalismus Stammtischthema sind.

Falsch ist jedoch, die Gunst der Stunde nicht zu nutzen, um das Mögliche und längst Bekannte durchzusetzen. Salopp gesagt: Angesichts des Klimawandels brauchen wir die ökologische Wende so schnell, sie muss im Rahmen des kapitalistischen Systems erreicht werden. Wir müssen also das beste daraus machen und die Stärken des Systems zur tief greifenden Umwälzung nutzen: die Kraft des Profitstrebens und der Konkurrenz.

Funktionieren kann dieser Pakt mit dem Teufel aber nur, wenn die Politik ökologische Grenzen und Anreize verbindlich setzt. Auf sich allein gestellt, ist der kapitalistische Markt eine Destruktivkraft.

Eine Ökologisierung des Kapitalismus abzulehnen, weil damit unser Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder gar stabilisiert würde, erscheint angesichts der Konsequenzen der ökologischen Krise zynisch. Doch es bleiben viele Gründe, den Kapitalismus scharf zu kritisieren, vor allem wegen seiner kulturellen Folgen: Ein gutes Leben ist kaum vorstellbar unter einem Diktat von Effizienz und Geschwindigkeit, von Verwertung und Flexibilität, von Leistungsdruck und Konkurrenz. Bislang können wir für offene, plurale Gesellschaften keine Alternative zum Kapitalismus aus der Tasche ziehen. Aber es lohnt sich, weiter nach einer Ökonomie jenseits der Konkurrenz zu suchen und beispielsweise mit Projekten Solidarischer Ökonomie zu experimentieren – mit Bürgersolaranlagen, Regionalwährungen, Wohnungsgenossenschaften, Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen oder auch der Belegschaftsübernahme von krisengeschüttelten Unternehmen. Ob dies von Erfolg gekrönt sein wird? Vielleicht. Hoffentlich!

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors; In Greenpeace Magazin erschienen

Alexis Passadakis und Tadzio Müller

Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum?

Ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise wird gegenwärtig die Idee eines „grünen New Deal" intensiv diskutiert. Doch ist dieses Projekt wirklich geeignet, den Klimakollaps aufzuhalten?

„*Ein weiterer ideologischer Gott hat versagt. Die Annahmen, die drei Jahrzehnte lang die Politik bestimmt haben, erscheinen plötzlich ebenso überholt wie der revolutionäre Sozialismus*".(1) Entgegen dieser geläuterten Ansicht eines ehemals neoliberalen Kolumnisten der „Financial Times", bleiben bisher jedoch neue, umfassende Antworten auf die Weltwirtschaftskrise politisch randständig und erreichen kaum eine breite Öffentlichkeit.

Einem Projekt gelang es allerdings in den vergangenen Monaten, bis in die Schlagzeilen vorzudringen. Anlass hierfür ist, dass die Wirtschaftskrise keineswegs die einzige aktuelle Krise darstellt – schließlich beherrschten noch vor kurzem die Themen Klimakatastrophe und Energiekrise die Medien. Das Zusammentreffen dieser Krisen hat nun eine neue Koalition von Akteuren dazu motiviert, Vorschläge für einen so genannten „grünen New Deal" bzw. einen neuen „grünen Gesellschaftsvertrag" zu formulieren. Von den grünen Parteien bis zum UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, vom Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske bis zum ehemals ultraliberalen Thomas Friedman(2). Das öko-keynesianische Projekt, die kapitalistische Weltwirtschaft durch massive Investitionen in grüne Technologien und den ökologischen Umbau der Infrastruktur wieder in Gang zu bringen und damit gleichzeitig die Wirtschafts-, Klima- und Energiekrise zu bekämpfen, gewinnt an Fahrt.

Woher kommt die plötzliche Popularität eines „grünen Keynesianismus"? Zweifellos ist die Idee, die dreifache Krise durch das erstmalig in einem Bericht der britischen „Green New Deal Group" auf den Begriff gebrachte Projekt (3) zu lösen, zunächst ebenso plausibel wie innovativ. Und ohne Zweifel ist ein südkoreanisches Konjunkturprogramm, das zu 80 Prozent in „grüne" Sektoren investiert, ökologisch sinnvoll, gerade im Vergleich mit dem deutschen Programm, welches nur rund zehn Prozent der Mittel für den ökologischen Umbau bereitstellt. Insofern besitzen ökologisch ausgerichtete Konjunkturprogramme durchaus das Potential, „grüne" Ziele im Kontext der Krise zu befördern.

Aber auch jenseits dessen ist ein grüner New Deal für viele Akteure verheißungsvoll: Für die Grünen als neoliberal durchwirkte Partei soll er das eigene ökologische Profil wieder in den Mittelpunkt rücken. Regierungen bietet er die Möglichkeit, sich in einem neuen, diesmal „grünen" Standortwettbewerb auszuzeichnen. Für viele Unternehmen wiederum ist er eine Option, mit Hilfe staatlicher Subventionen für „grüne" Projekte neue Märkte zu öffnen und in die Gewinnzone zurückzukehren. Und internationalen Organisationen verspricht das Projekt die Rückgewinnung verloren gegangener Legitimität.

» Konzeptionell lässt der grüne New Deal ein kohärentes Programm vermissen.«

Konzeptionell allerdings lässt der grüne New Deal ein kohärentes Programm vermissen. Dies beruht nicht zuletzt auf einer Fehlinterpretation seines historischen Vorbilds. Wenn die Green New Deal Group den Fordismus als „goldenes Zeitalter ökonomischer Aktivität“ beschreibt, (4) unterschlägt sie die Ausbeutung des globalen Südens sowie der unbezahlten weiblichen (Reproduktions-) Arbeit. Vergessen scheint auch der Taylorismus in den Fabriken und die Proteste der Arbeiterbewegung, die Entkolonialisierung des Südens und dessen Suche nach eigenen Wegen ökonomischer Entwicklung sowie der Protest der neuen sozialen Bewegungen, zu denen gerade die Umwelt- und die Frauenbewegung zählen.
In diesem Sinne tendiert das Projekt des grünen New Deal dazu, die Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie weitgehend auszublenden. Auf diese Weise können seine Protagonisten zugleich das Märchen von einem Kapitalismus, der alle sozialen Gegensätze irgendwie harmonisch zu integrieren vermag, neu auflegen.
Darüber hinaus war schon der ursprüngliche New Deal kein im wirtschaftswissenschaftlichen Labor ersonnenes Abkommen zwischen dem „Genie“ John Maynard Keynes und dem „Macher“ Franklin Delano Roosevelt. Im Gegenteil: Die sozial progressiven Maßnahmen der US-Regierung wurden damals durch eine starke Arbeitslosenbewegung und gewerkschaftliche Massenstreiks erzwungen. Das Projekt eines grünen New Deal ignoriert jedoch die Bedeutung von sozialen Kämpfen sowie die Notwendigkeit, dass die inhärenten Widersprüche des Kapitalismus in der einen oder anderen Form bearbeitet werden müssen, was wiederum sozialpolitische Kosten erzeugt.
Die Verfechter des grünen New Deal vertreten vehement ihre These, dass ihr Projekt tatsächlich die Klimakrise lösen könne. Sie gehen davon aus, dass sowohl die Energiekrise („Peak Oil“) als auch die Klimakrise Produkte des „gegenwärtigen Globalisierungsmodells“ seien.(5) Dabei unterschlagen sie allerdings die Tatsache, dass es die fordistische Massenproduktion und –konsumption war, welche den kapitalistischen Industrialismus „radikalisierte“. Diesen Umstand hatte die Biologin Rachel Carson bereits 1962 in ihrem Buch „Der stumme Frühling“ skizziert,(6) das zur Bibel der frühen Umweltbewegung wurde – einer Bewegung, die als Antwort auf die ökologischen Verwüstungen des Fordismus entstand. Und die Geschichte des Klimasystems macht deutlich, dass die Geschichte des von Menschen gemachten Klimawandels identisch ist mit derjenigen des industriellen Kapitalismus, also mit der Geschichte eines Wirtschaftssystems, dessen Grundlage ständiges Wirtschaftswachstum ist.(7)
Und genau hier liegt des kapitalistischen Pudels Kern: Denn Umweltzerstörung wurzelt eben gerade nicht ausschließlich in der Struktur des Neoliberalismus, den die Verfechter eines grünen New Deal immerhin überwinden wollen, sondern in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Schon lange vor dem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus schrieb Karl Marx über die Logik des Kapitalismus: „Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten.“(8) Und Karl Polanyi betonte schon in den 40er Jahren ausdrücklich, dass die Gesellschaften sich vor den ökologisch zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus schützen müssten.(9)

» Umweltzerstörung wurzelt in der kapitalistischen Produktionsweise selbst. «

Den populärsten Spielarten des grünen New Deal geht es denn auch offenbar nicht primär um die Bewältigung der Biokrise, das heißt der Kombination von Klimakatastrophe, Umweltverschmutzung, Verlust von Biodiversität, Vernutzung der Wasserreserven etc. Stattdessen stellen sie darauf ab, ihn als Weg aus der Wirtschaftskrise zu nutzen. Aus Sicht vieler Unternehmen ist der „grüne Kapitalismus“ genau deshalb interessant, weil er eine neue Wachstumsdynamik auszulösen verspricht. Eine erneuerte grüne Infrastruktur, neue grüne Autos, Häuser, etc. – hier werden riesige Wachstumsfelder vermutet, die scheinbar nur darauf warten, von grün gewendeten Konzernen erschlossen zu werden.
In diesem Zusammenhang zeigt sich der zentrale Widerspruch des grünen New Deal: nämlich dass er auf Wachstum und damit auf eine Neuauflage der Mär abstellt, dass der Kapitalismus ewig weiterwachsen könne, ohne unsere Lebensgrundlagen zu untergraben. Ein neuer Wachstumszyklus aber steht im direkten Widerspruch zu einer Bewältigung der Biokrise. Denn wirklich klimaschutzrelevante CO2-Reduktionen hat es in den letzten 30 Jahren nur in zwei Fällen gegeben. Diese waren weder ausgelöst durch eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien (beispielsweise durch das Erneuerbare- Energien-Gesetz) noch durch den Emissionshandel. Stattdessen hatten sie ihre Ursachen erstens im Zusammenbruch der wachstumsfixierten Volkswirtschaften des real existierenden Sozialismus und zweitens in der gegenwärtigen Rezession, die den Konsum von Öl und Gas drastisch reduziert.
Damit soll nicht gesagt werden, dass ein unkontrolliertes Zusammenbrechen der Weltwirtschaft, mit all den sozialen Verwerfungen, die dieses mit sich bringen würde, wünschenswert wäre. Im Gegenteil. Und dennoch gilt es zu betonen, dass jeder Versuch, die Biokrise zu lösen, nicht ohne eine Abkehr vom Wachstumsimperativ auskommen wird.

» Der Versuch, die Biokrise zu lösen, wird nicht ohne eine Abkehr vom Wachstumsimperativ auskommen.«

Es ist theoretisch durchaus möglich, sich einen Kapitalismus ohne ökologisch zerstörerisches Wirtschaftswachstum vorzustellen. Nur: Zwei Jahrhunderte real existierender Kapitalismus sahen nun einmal anders aus. Insofern offenbaren gerade die (durchaus berechtigten) Beschwörungen der Dringlichkeit der Klimakrise, dass ein grüner New Deal aller Voraussicht nach kaum ausreichen wird, die ökologischen Probleme zu lösen. Die politische Aufgabe der Stunde lautet deshalb, konzeptionelle Vorschläge für den Übergang zu einer postkapitalistischen Strategie des Nullwachstums zu erarbeiten.

1 Martin Wolf, Seeds of ist own destruction, in:„Financial Times“, 9.3.2009.

2 Vgl. Bärbel Höhn, Ein güner New Deal, in:„Blätter“, 2/2009, S. 9-12; Ban Ki-Moon und Al Gore, Green Growth is essential to any stimulus, in:„Financial Times“, 17.2.2009; Thomas Friedman, Code Green. Warum wir eine grüne Revolution brauchen, in: „Blätter“, 1/2009, S.65-78.

3 Green New Deal Group, A Green New Deal, London 2008. Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum?

4 Green New Deal Group 2008, S. 13.

5 Green New Deal Group 2008, S. 2.

6 Vgl. Rachel Carson, Silent Spring, Boston 1962.

7 Vgl. Mike Davis, Wer wird die Arche bauen? Das Gebot utopischen Denkens im Zeitalter der Katastrophen, in: „Blätter“, 2/2009, S. 41-59; Susan George, Of capitalism, crisis, conversion and collapse: the Keynesian Alternative, 14.9.2007.

8 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1971 [1867], S. 621.

9 Karl Polanyi, The Great Transformation, Boston 1957 [1944].

Mit freundlicher Genehmigung der Autoren Erschienen in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 4/2009

Saral Sarkar / Bruno Kern

Ökosozialismus oder Barbarei

Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik

*An die Stelle des **Chaos der freien Marktwirtschaft** muss eine wirtschaftliche Rahmenplanung treten. Die Gesellschaft muss sich bewusst darüber verständigen, was, wie viel und wie zu produzieren ist, wie viel Energie und wie viel an Ressourcen wofür zur Verfügung stehen.*

Der Kapitalismus als Weltsystem

Weltweit, auch in Deutschland, ist die allseitige Krise des Kapitalismus akut geworden. Seine Ideologen sehen keinen Ausweg mehr. Einige von ihnen erkennen offensichtlich bereits, dass es einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Ökologie und ihrer Ökonomie gibt und dass es innerhalb ihres Systems keine Lösung dafür gibt. Schon seit Mitte der 1990er Jahre sehen wir manche Teile der Welt unter der Last von verschiedenen Krisen in Krieg, Chaos, ja in Barbarei versinken. (…)

Was tun?

Angesichts dieser Weltlage und während Millionen Menschen nach einer Alternative fragen, scheint die Linke überall wie gelähmt zu sein und ist total zersplittert. Eigentlich sollten wir alle gerade jetzt laut und offensiv sagen, dass es im Kapitalismus keine Lösung der Krisen gibt und dass eine Lösung nur in einem neu zu konzipierenden Sozialismus möglich ist. Anscheinend stehen wir aber noch unter dem Schock von 1989.

Natürlich hegen die meisten frustrierten und wütenden Menschen nach wie vor die Illusion, dass sie durch Demos, Protestwahlverhalten, Streiks usw. den Sozialstaat sowie ihre Jobs und Löhne verteidigen können, ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen. Oder sie haben die Illusion, die auch ein Großteil der GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und ihnen nahe stehende ÖkonomInnen, aber auch viele GlobalisierungskritikerInnen, etwa bei attac, fördern –, dass eine keynesianische Wirtschaftspolitik mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze bringen könnte.

Attac zum Beispiel redet in seinem zentralen Motto von einer „anderen Welt", doch in den konkreten Fragen geht es nur darum, den globalisierten Kapitalismus gerecht zu „gestalten". Es gibt auch viele, die zwar keine Illusionen hegen, die aber angesichts des gescheiterten „Sozialismus" längst resigniert haben. Dennoch ist die Zeit jetzt reif für eine Öffentlichkeitsoffensive für einen neuen Sozialismus. Wenn wir die Initiative dafür nicht ergreifen, wenn wir das geistig-intellektuelle Vakuum nicht füllen, das der scheiternde Kapitalismus schafft, werden es die Neonazis tun. Sie geben sich ja angesichts des voranschreitenden Sozialabbaus jetzt schon betont als National*sozialisten*.

Wir sind natürlich meilenweit davon entfernt, die Machtfrage zu stellen. Zunächst geht es um etwas anderes, nämlich um die geistig-intellektuelle Hegemonie im Sinne von Antonio Gramsci. Leszek Kolakowski fasst seine Position folgendermaßen zusammen: „*Jede Klasse versucht, sich nicht nur in den Herrschaftsinstitutionen, sondern auch in den tatsächlich geäußerten Meinungen, Werten und Normen in der Mehrheit der Gesellschaft eine führende Stellung zu erobern. Die privilegierten Klassen haben sich eine hegemoniale Stellung erobert und sich die Ausgebeuteten geistig und nicht nur politisch unterworfen; mehr noch, die geistige Herrschaft ist eine Bedingung der politischen Herrschaft.*" (Kolakowski, Bd. 3, 266)

Die Frage, wer Träger des Projekts eines neuen Sozialismus sein kann, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu diskutieren. Zuerst kommt es darauf an, dem Kapitalismus die Legitimation zu entziehen. Möglichst viele müssen erkennen, dass eine Lösung der Krisen und letztlich das Überleben der Menschheit nicht möglich sind, solange der Kapitalismus weiter besteht. Für die Notwendigkeit eines neu zu konzipierenden Sozialismus ist Überzeugungsarbeit zu leisten. Die praktische Frage, wie die Überwindung des Kapitalismus vonstatten gehen kann, sei zunächst hintangestellt. Sie ist sicher nicht so leicht zu beantworten. **Zuallererst muss der geistige Boden dafür vorbereitet werden.**

Wir wissen, dass es in einer Reihe von Detailfragen erhebliche Differenzen unter uns Linken gibt. Doch hinsichtlich der Kapitalismuskritik herrscht weitgehende Einigkeit. Das kann ein gemeinsamer Ausgangspunkt sein. Auch die Frage, wie unsere Alternative im Detail aussehen kann, kann nicht vorneweg beantwortet werden. Die konkreten Details werden ja gerade unserem Verständnis nach nicht am Schreibtisch entworfen, sondern entwickeln sich im Zuge einer praktischen Bewegung und ihrer begleitenden kritischen Reflexion.

Die dringendste soziale Frage

Die **ökologische** Krise unterscheidet sich qualitativ von allen bisherigen Krisensituationen der Weltgeschichte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist es wahrscheinlich geworden, dass sich die Gattung Mensch innerhalb weniger Dekaden selbst beinahe auslöscht. Das heißt: Die ökologische Krise ist nicht regional beschränkt, sondern hat eine globale Dimension. Die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen beeinträchtigt die Existenzbedingungen eines großen Teils der Menschheit. Zunehmende klimabedingte Katastrophen führen zu häufigen Ausnahmezuständen. Das alles wird zum Negativvorzeichen aller Politik- und Lebensbereiche, schmälert den Spielraum der Gestaltung der Gesellschaft insgesamt und wird deshalb zur Hauptursache vielfältiger anderer Krisen und innergesellschaftlicher sowie zwischenstaatlicher Gewalt. Unter solchen Umständen wäre auch die Erhaltung eines Minimums an demokratischen Strukturen auf Dauer nicht mehr möglich.

Die Existenzmöglichkeiten des Großteils der Menschheit heute und die der kommenden Generationen hängen auf mehrfache Weise eng zusammen:

1. Die Hauptursache der Naturzerstörung einerseits und der weltweiten Prozesse der Verelendung bzw. des ökonomisch-sozialen Ausschlusses andererseits ist dieselbe: das mittlerweile weltweit durchgesetzte, dem Zwang zum Wachstum unterliegende kapitalistische Wirtschaftssystem, zur Zeit noch dazu in der Zuspitzung des neoliberalen Paradigmas.

2. Unvermeidliche Überlebensstrategien von arm Gemachten ziehen oft zwangsläufig Naturzerstörung nach sich.

3. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich im Weltmaßstab drückt sich unmittelbar und am augenfälligsten in

einem **extrem asymmetrischen Verhältnis der Naturnutzung** aus: Das reiche Fünftel der Weltbevölkerung in den OECD-Staaten ist verantwortlich für mehr als 80% des Verbrauchs von Energie und nicht erneuerbaren Ressourcen sowie für mehr als 80% des Schadstoffeintrags in die Biosphäre (Bei vielen nicht erneuerbaren Rohstoffen befindet sich allerdings China in einer rasanten Aufholjagd).

4. Die Folgelasten des Naturverbrauchs in den reichen Industrieländern und der Veränderung des Weltklimas werden zum Großteil den arm gemachten Bevölkerungsmehrheiten in der „Dritten Welt" aufgebürdet. Eine Studie des Fraunhofer Instituts aus dem Jahr 1992 geht davon aus, dass, wenn nicht einschneidende Weichenstellungen vorgenommen werden, aufgrund der Verschiebung der Vegetationszonen bis zum Jahr 2030 mit 900 Mio. bis 1,8 Mrd. zusätzlicher Hungertoten zu rechnen ist – also mit einer absoluten, nicht verteilungsbedingten Hungerkatastrophe von bis dahin nicht gekanntem Ausmaß als direkter Folge der Klimaveränderungen (vgl. Wohlmeyer 1994, 221 – 232, 227). Nicht dazu gezählt sind dabei die Opfer der klimabedingten starken Ausbreitung von Krankheiten wie etwa der Malaria oder die Opfer von Katastrophen wie Überflutungen, Wirbelstürmen usw. Bereits heute haben die Verelendungsprozesse in der „Dritten Welt" neben ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnissen ökologische Zerstörung als unmittelbare Ursache. Seit Mitte der 1970er Jahre etwa ist die Niederschlagsmenge in der Sahelzone (Afrika südlich der Sahara) aufgrund der Erderwärmung um ca. 40% zurückgegangen. Die Verwüstung großer Teile Mittelamerikas durch den Hurrican „Mitch" im November 1998 und die Verstärkung des Klimaphänomens „El Nino", das unter anderem Dürrekatastrophen in Südostasien auslöste, stehen vermutlich in direktem Zusammenhang mit der Erderwärmung. Im Süden Chinas sind durch das rasche Abschmelzen von Gletschern derzeit etwa 300 Millionen Menschen in ihrer Existenz bedroht. Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes gibt es weltweit bereits über 50 Millionen Umweltflüchtlinge.

Kein Zweifel: Weltweit gesehen ist die dringendste soziale Frage die ökologische Frage!

Umweltraum

Der zentrale Begriff, der der Bilanzierung des Naturverbrauchs zugrunde gelegt werden kann, ist der des Umweltraumes. Er kann als der Handlungsspielraum definiert werden, die Natur innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Regenerierbarkeit zu nutzen, wobei wir gleichzeitig **jedem Menschen das gleiche Maß an Naturnutzung zugestehen**. Der Niederländer Hans Opschoor hat dieses Konzept ursprünglich entwickelt, und die von BUND und Misereor in Auftrag gegebene Studie „**Zukunftsfähiges Deutschland**" des „Wuppertal Instituts" hat es in der Weise weiterentwickelt, dass der Aspekt der weltweiten Gerechtigkeit besonders akzentuiert wird... Im Hinblick auf den Ausstoß von Kohlendioxid, dem wichtigsten Treibhausgas (es ist zu 50% für den Treibhauseffekt verantwortlich), bedeutet das konkret Folgendes: Weltweit wird etwas mehr als doppelt soviel Kohlendioxid emittiert, als die Erde durch Kohlendioxid-Senken (Ozeane, große Waldflächen etc.) wieder absorbieren kann Das heißt: Um den Treibhauseffekt zu stoppen, müsste der **Kohlendioxid-Ausstoß sofort weltweit halbiert** werden. Dass dies nicht möglich ist, leuchtet unmittelbar ein. Es kann deshalb nur noch darum gehen, den Treibhauseffekt so weit abzuschwächen, dass eine entsprechend schnelle Anpassung von Zivilisation und Vegetation noch möglich ist, dass er – vor allem im Hinblick auf seine Opfer in der „Dritten Welt" - noch kontrollierbar bleibt. Es wird allgemein angenommen, dass dies bei einer Erhöhung der durchschnittlichen globalen Temperatur um 0,1 Grad Celsius pro Jahrzehnt noch möglich ist. Von daher setzen renommierte Wissenschaftler das weltweite Reduktionsziel auf 50 – 60% bis zum Jahr 2050 fest. Da die **reichen Industrieländer** aber für einen weit über dem Weltdurchschnitt liegenden Kohlendioxid-Ausstoß verantwortlich sind, müssen die Reduktionen in diesen Ländern entsprechend **drastischer** ausfallen. In Deutschland zum Beispiel muss der Kohlendioxid-Ausstoß nach diesen Kriterien bis zum Jahr 2050 um 90% zurückgefahren werden. Zu betonen ist hierbei, dass es sich bei diesen Reduktionszielen um ein Minimum des ökologisch Notwendigen handelt, das nicht unterschritten werden darf. Zu bedenken ist dabei auch, dass im Hinblick auf die Erderwärmung mit „positiven Rückkoppelungen" zu rechnen ist, das heißt mit sich gegenseitig noch verstärkenden Folgen der Erderwärmung, die in einer nicht mehr kontrollierbaren Dynamik münden könnten. Ein Beispiel dafür ist etwa die Freisetzung von großen Mengen von Methangas (ein Gas mit einem etwa zwanzigmal höheren Treibhauspotential als Kohlendioxid) durch das mögliche Auftauen der Permafrostböden in Sibirien oder Grönland.
Die ökologische Wende ist also unmittelbar eine Frage der globalen Gerechtigkeit.

Unser Produktions- und Konsumtionsniveau ist nicht universalisierbar.

Allein in Nordrhein-Westfalen sind mehr PKWs zugelassen als auf dem ganzen afrikanischen Kontinent, und wir gehören zu jenen lediglich 6% der Erdbevölkerung, die sich den Luxus des Fliegens leisten (Der Flugverkehr trägt ganz erheblich zu den Klimaveränderungen bei). Dazu kommen unmittelbare Folgeprobleme unserer Produktion und unseres Konsums, die wir den Bevölkerungsmehrheiten der „Dritten Welt" aufbürden. Erwähnt seien hier nur die Folgen des Uranabbaus etwa im Niger und der Bodenerosion in einer exportorientierten Landwirtschaft. Wenn wir diesen globalen Horizont nicht ausblenden wollen, dann kommen wir um die Einsicht nicht herum: Mit unserer ökologisch nicht tragbaren Lebens- und Produktionsweise beteiligen wir uns weltweit an einem **chauvinistischen Selektionsprozess**, der andere unmittelbar ihrer Lebenschancen beraubt. Die ökologische Wende muss deshalb für Linke ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Akzeptanz für die einschneidenden Veränderungen unserer Lebensweise und unserer Konsummuster, die daraus notwendig resultieren, wird allerdings am besten durch eine egalitäre Gestaltung der eigenen Gesellschaft geschaffen.

Die Illusion einer nachhaltigen kapitalistischen Entwicklung

Entwicklung oder Wirtschaftswachstum wird seit Langem als Schlüssel für die Lösung zweier alter Konflikte angesehen: des Konflikts zwischen den **Reichen** und den **Armen** innerhalb jeder einzelnen Gesellschaft und jenes zwischen den Ländern des **Nordens** und des **Südens**. In den späten 1960er Jahren kamen jedoch Zweifel daran auf. Der Widerspruch zwischen industrieller Ökonomie einerseits und Ökologie andererseits konnte nicht länger übersehen werden. Doch selbst nachdem Meadows (1972) und andere die Grenzen des Wachstums aufgezeigt hatten, verfolgten Regierungen auf der ganzen Welt weiterhin die gleiche alte Wirtschaftspolitik, während die ÖkonomInnen des Establishments eine Reihe von Argumenten vorbrachten, um sowohl die Existenz jeglicher Grenzen des Wachstums als auch jeden Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie in

Abrede zu stellen. Aber seit etwa Mitte der 1980er Jahre konnten die meisten ÖkonomInnen, PolitikerInnen und politischen VordenkerInnen des Establishments die globale Degradation der Umwelt nicht länger ignorieren. Einige von ihnen haben eingesehen, dass man nicht so weiter machen kann wie bisher, aber sie sind nicht bereit – und können es wohl auch nicht, wie noch deutlich werden wird –, den Kurs substanziell zu ändern. Deswegen haben sie einen neuen Begriff erfunden: Statt „Entwicklung" und „Wachstum" heißt es jetzt „nachhaltige Entwicklung" oder „nachhaltiges Wachstum".

Keynesianismus als Lösung?

Doch nicht nur das Establishment, auch viele derjenigen, die unserer neoliberalen Ökonomie grundsätzlich kritisch gegenüberstehen und ihre vielfachen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt anprangern – GlobalisierungskritikerInnen, GewerkschafterInnen etc. - , stellen das Wachstumsparadigma des Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage. Bei allen Verbesserungsvorschlägen im Detail wie etwa Abschaffung der Steueroasen, Einführung einer Tobin-Steuer, Schuldenstreichung für die ärmsten Länder usw. sind sie grundsätzlich dem Keynesianismus verhaftet, der den Widerspruch zwischen den Wachstumszwängen des Kapitalismus und der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht auflöst. Im Gegenteil, von der Ankurbelung der Konjunktur durch die Stärkung der Massenkaufkraft und also noch mehr Konsum von Waren und Dienstleistungen, d.h. noch mehr Ressourcenverbrauch und Schadstoffeintrag in die Biosphäre, erhofft man sich ein höheres Steueraufkommen, das angeblich notwendig sei zur Lösung der ökologischen Probleme.

Wenn wir all diese Dinge in unsere Überlegungen einbeziehen (für Details vgl. Sarkar 2001, Kap. 4), scheint es auf der Hand zu liegen, dass in einer zukünftigen nachhaltigen Wirtschaft weder Energie noch Rohstoffe so billig sein werden wie heute. Sie werden auch nicht in so hohem Maß verfügbar sein wie heute alle nicht erneuerbaren und erneuerbaren Ressourcen zusammengenommen. **Es wird daher zwingend notwendig sein, den Ressourcenverbrauch drastisch zu reduzieren** – nicht nur, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, sondern auch, weil es nicht genug Ressourcen geben wird, um den heutigen durchschnittlichen Lebensstandard für eine Weltbevölkerung von acht bis zehn Milliarden Menschen aufrecht zu erhalten. Der Ressourcenverbrauch der entwickelten Industrieländer muss, wie Schmidt-Bleek (1993) es fordert, um den Faktor 10 schrumpfen, wenn alle Menschen weltweit die Möglichkeit haben sollen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. **Das heißt aber: Die Weltwirtschaft muss schrumpfen**.....

Wachstum oder Entwicklung

Der Schluss, der aus der obigen Darstellung der Realität gezogen werden muss, ist, dass nachhaltige Entwicklung oder nachhaltiges Wachstum nicht möglich sind, es sei denn, wir verstehen unter dem Begriff „Entwicklung" etwas anderes als Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und Industriegesellschaft. Herman Daly und John B. Cobb jr. (1990, 71) unterscheiden zwischen Wachstum und Entwicklung: "*'Wachstum' sollte die quantitative Expansion der physikalischen Dimensionen des ökonomischen Systems heißen. Was ‚Entwicklung' meinen sollte, ist hingegen die qualitative Veränderung eines physikalisch nicht wachsenden ökonomischen Systems im dynamischen Gleichgewicht mit der Umwelt."*
Mit anderen Worten: „*Wachstum" bedeutet, immer mehr Ressourcen zu verbrauchen, während „Entwicklung" bedeutet, den Nutzen aus dem Verbrauch einer gleich bleibenden Menge an Ressourcen zu erhöhen...Ein* ***Paradigmenwechsel*** *ist notwendig – vom Wachstumsparadigma zum Paradigma der Grenzen des Wachstums. Eine nachhaltige Gesellschaft ist der Definition nach eine, „die über Generationen hinweg bestehen kann*" (Meadows et al. 1992, 209). Sie kann folgerichtig **keine industrielle Wirtschaft, wie wir sie kennen**, zur Grundlage haben, da eine solche Wirtschaft größtenteils auf den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen angewiesen ist, die früher oder später erschöpft sein werden. Die Wirtschaft einer nachhaltigen Gesellschaft muss also logischerweise – wenn nicht ausschließlich, dann zumindest hauptsächlich – auf erneuerbaren Ressourcen basieren. Nicht erneuerbare Ressourcen sollen dann sehr sparsam oder nur, wenn absolut nötig, benutzt werden...
Das **Konsumniveau** in einer solchen Wirtschaft wird sehr bescheiden sein im Vergleich zu dem eines Durchschnittsbürgers in der heutigen Ersten Welt. Eine nachhaltige Steady-state-Wirtschaft wird **arbeitsintensive** Technologien bevorzugen. Das wird erstens deshalb notwendig sein, weil die zur Verfügung stehenden Mengen an erneuerbaren Ressourcen das heutige Niveau von Mechanisierung und Automatisierung nicht zulassen. Zweitens ist dies aber auch wünschenswert, weil damit Arbeit für alle geschaffen werden kann. Aus ökologischen Gründen und wegen der knappen Ressourcen wird auch der **Fernhandel** auf ein sinnvolles Maß schrumpfen „*Die Globalisierung wirkt sich inhärent destruktiv auf die natürliche Umwelt aus, weil sie erfordert, dass Produkte* ***Tausende Kilometer um die Erde*** *herumreisen, was unvorstellbare Umweltkosten verursacht: ein noch nie da gewesenes Ausmaß von Verschmutzung der Ozeane und der Atmosphäre durch Transport, erhöhten Energieverbrauch und Abgase aus Verbrennung von fossilen Brennstoffen (was die Klimaveränderung fördert). Dazu kommen erhöhter Verbrauch von Verpackungsmaterialien, verheerende Weiterentwicklung von Infrastrukturen – neue Straßen, Häfen, Flughäfen, Pipelines, Stromnetze usw., die oft in bisher unberührten Gebieten gebaut werden.*" (IFG 2001, 24) Das bedeutet die Schaffung von **regionalen**, sich weitgehend selbst versorgenden **Wirtschaftskreisläufen**...
Alle Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, die wir bis jetzt besprochen haben, bedeuten, dass **zumindest die Wirtschaften der Industriegesellschaften schrumpfen müssen, um nachhaltig zu werden**. Sie müssen stationäre Wirtschaften auf wesentlich niedrigerem Niveau als heute werden. Was die Länder des **Südens** inklusive der Schwellenländer betrifft:...Die Frage, ob die Wirtschaften dieser Länder noch wachsen dürfen, muss äußerst **differenziert** beantwortet werden.

Dem beharrlichen Irrglauben der VerfechterInnen einer nachhaltigen Entwicklung zum Trotz wird das alles innerhalb eines kapitalistischen Systems **nicht** möglich sein.

Ein Ökokapitalismus kann uns nicht helfen

Eines der Grunddogmen des Kapitalismus lautet, dass das Wohl der Gesellschaft sich von selbst einstellt, wenn sich jeder Mensch nur um sein Eigeninteresse kümmert (Adam Smith). Es ist zwar richtig, dass der Kapitalismus in den letzten 200 Jahren in den meisten Ländern den Reichtum rapide vermehrt hat. Das hat aber nicht immer den Wohlstand der gesamten Gesellschaft gesteigert. Insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen Frieden ist das glatte Gegenteil der Fall. Außerdem schränkt der Kapitalismus den **Zeithorizont** der Wirtschaftssubjekte auf ihre eigene Lebensspanne ein. Er lässt sie höchstens noch an die Interessen der eigenen Kinder

denken. Aber das Projekt einer nachhaltigen menschlichen Gesellschaft setzt voraus, dass uns viel an den Interessen der **kommenden Generationen** und **aller Völker der Welt** liegt. Das verträgt sich nicht mit Geist und Funktionsweise des Kapitalismus. Der Aphorismus „Was hat die Nachwelt für mich getan, dass ich etwas für sie tun sollte?“ ist kein Witz, sondern entspricht genau der Wirkweise der kapitalistischen Gesellschaft.

Die brutale Konkurrenz

Der gravierendste Defekt des Kapitalismus, der ihn in einen unauflöslichen Widerspruch zu Nachhaltigkeit versetzt, ist seine Wachstumsdynamik. Es ist keineswegs nur so, dass die habgierigen KapitalistInnen immer mehr haben wollen. Die brutale Konkurrenz zwingt sie vielmehr dazu, zu versuchen, immer mehr anzuhäufen (zu „akkumulieren“). Und weil sie gezwungen sind, immer größere Investitionen zu tätigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sie zudem nach immer größeren Märkten Ausschau halten oder solche schaffen. „**Wachse oder weiche**“ ist ein unerbittliches Gesetz im Kapitalismus. **Da kein Unternehmer weichen will, erzeugt es einen Wachstumszwang**. Im Kapitalismus können nur dann alle Unternehmen einen Profit erwirtschaften, wenn die Wirtschaft als Ganzes wächst. Das befriedigende Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschaft ist so stark von ihrer ständigen Expansion abhängig, dass selbst eine Wachstumsrate unter 2% als Krise angesehen wird. Aber das Projekt nachhaltige Gesellschaft erfordert wirtschaftliches Schrumpfen. KapitalistInnen sind bereit, zum Umweltschutz beizutragen, indem sie immer mehr Filter produzieren, immer mehr Kläranlagen bauen und so weiter, aber sie können keinerlei Interesse an wirtschaftlicher Schrumpfung haben.

Konkurrenz erzeugt auch den Zwang, die Produktion mehr und mehr zu **automatisieren** und zu rationalisieren. Eine Firma, die da nicht mitzieht, wird untergehen. Darum ist es nicht möglich, das Problem der Arbeitslosigkeit im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft zu lösen – nicht einmal, wenn sie wächst, geschweige denn, wenn sie aufhören müsste zu wachsen.
Auch der gegenwärtige Abbau des Sozialstaates ist das Ergebnis einer besonderen Form von Konkurrenz: Im Kontext der Globalisierung konkurrieren nationale Industriestandorte miteinander um transnationales Kapital. Ohne dieses System in Frage zu stellen, können wir dieses „Wettrennen nach unten“ nicht aufhalten, ja nicht einmal glaubwürdig dagegen protestieren.
Innerhalb des kapitalistischen Systems ist gesellschaftliche Nachhaltigkeit schlichtweg unmöglich.

Ökosozialismus als Voraussetzung für eine nachhaltige Gesellschaft

Ökokapitalismus ist deshalb ein Widerspruch in sich, ein schwarzer Schimmel gewissermaßen. Wir können nicht beides zugleich haben: Nachhaltigkeit und kapitalistische Wachstumsdynamik. Welche Instrumente wir auch anwenden: Ökosteuern, handelbare Verschmutzungsrechte etc. – eine schrumpfende kapitalistische Wirtschaft würde für die ganze Gesellschaft eine Katastrophe bedeuten. Außerdem wird kein Kapitalist bereitwillig eine stationäre Wirtschaft auf niedrigem Niveau akzeptieren. Deswegen muss der Staat die Aufgabe übernehmen, den Rückzug zu organisieren.
Es muss ein **geplanter Rückzug** sein, um schreckliches Chaos und Unheil zu vermeiden. Der Staat muss den Primat des Profits und den Wachstumszwang außer Kraft setzen. Das heißt, an die Stelle des **Chaos der freien Marktwirtschaft** muss eine wirtschaftliche Rahmenplanung treten. Die Gesellschaft muss sich bewusst darüber verständigen, was, wie viel und wie zu produzieren ist, wie viel Energie und wie viel an Ressourcen wofür zur Verfügung stehen. Das ist auch notwendig, um sicherzustellen, dass kein arbeitsfähiger Mensch arbeitslos ist und von der Arbeit anderer Menschen leben muss. Zusätzlich wird eine **ungefähre Gleichheit** bei der Verteilung der Produkte der Arbeit und der notwendigen Konsumeinschränkungen notwendig sein, damit der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.

Das alles setzt natürlich die Vergesellschaftung des großen Kapitals voraus. Es ist grundsätzlich eine Vielfalt von Eigentums- und Vergesellschaftungsformen denkbar – Privateigentum in kleinem Rahmen, genossenschaftliches Eigentum etc. –, doch das Finanzkapital (Banken und Versicherungen) sowie der Großteil der Produktionsmittel dürfen nicht weiter in privater Verfügungsgewalt bleiben.

Um sicherzustellen, dass eine ökosozialistische Gesellschaft nicht autoritär wird, sind geeignete Formen der **Partizipation** und aktiven Teilnahme der Menschen auf allen Ebenen zu schaffen. Da die Wirtschaftsregionen klein, überschaubar und weitgehend selbst versorgend sein werden, werden auch die **politischen Einheiten klein und überschaubar** sein. So kann gewährleistet werden, dass die Betroffenen selbst in die Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen sind.

Eine sozialistische Gesellschaft ist aber nicht nur eine **Notwendigkeit**, die sich aus der Ressourcenknappheit und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ergibt. Sie ist darüber hinaus **wünschenswert**, sofern es uns auch um Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität geht. Ein solidarisches und friedliches Zusammenleben der Menschen und der Völker setzt eine ökosozialistische Organisation der Wirtschaft in allen Ländern voraus.

Saral Sarkar, geb. 1936 in Indien, Germanist und Deutschlehrer, lebt seit 1982 in Köln als Publizist und politischer Aktivist. Im Auftrag der United Nations University schrieb Sarkar eine zweibändige Studie über die grünalternative Politik in Westdeutschland: Green-Alternative Politics in West Germany, United Nations University Press, Tokyo u.a. 1993 und 1994.

Literatur: Saral Sarkar : „Die nachhaltige Gesellschaft“ Eine kritische Analyse der Systemalternativen
454 Seiten, Broschur Ca. € 20,- ISBN 3-85869-227-1 www.rotpunktverlag.ch

Die vollständige Version dieses Textes unter http://www.oekosozialismus.net/
Dort steht auch das neue Buch vom selben Autor „Die Krisen des Kapitalismus -Eine andere Studie der politischen Ökonomie“ als PDF-Datei

Broschüre "Die Linke und die sozial-ökologische Frage"

Mit dem Seminar "Wie grün sollen Linke sein? - Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen" startete im Frühjahr 2008 innerhalb der BUKO eine intensive Debatte um Biodiversität / Klima / Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Deutlich wurde, dass es an das Thema unterschiedliche Herangehensweisen gibt und dass ein enormer Diskussionsbedarf besteht. Diverse Artikel und Papiere sind bisher entstanden, der BUKO-Arbeitsschwerpunkt zu Sozialer Ökologie (ASSÖ) hat sich gegründet.
Gedacht ist die Broschüre als inhaltliche Vorbereitung auf die UN-Klimakonferenz, die im Dezember in Kopenhagen stattfinden wird.

Infos: www.akweb.de; Bestellung: vertrieb@akweb.de

Hélène Baillot und Eric de Ruest

Die Weltbank fördert schwere ökologische Zerstörungen

Die Sitzung des Weltklimarates Anfang 2007 in Paris hat aufgrund der bedrohlichen Situation des Klimawandels die Alarmglocken geläutet und die Weichen gestellt für die auf Bali abgehaltene Klimakonferenz. Die anwesenden Regierungen bestätigten dort ihre Absicht, sich „aktiv“ am Kampf gegen dieses Phänomen „zu beteiligen“ und waren sich einig, dass die Entwicklungsländer dabei unterstützt werden müssen, ebenfalls gegen die globale Erwärmung zu kämpfen.
Im Anschluss daran hat die Weltbank angekündigt, zwei Investitionsfonds zu gründen.

Der erste Fonds, die „Gesellschaft für saubere Technologien“, soll zur Aufgabe haben, Projekte zur Senkung der CO2 Emissionen in den Entwicklungsländern zu finanzieren, wie die Förderung erneuerbarer Energien,, die Umrüstung umweltverschmutzender Fabriken in saubere oder den Entwurf energiesparender Gebäude. Die gewährten Hilfsmittel sollen in erster Linie zinsgünstige Darlehen sein, die von multilateralen Entwicklungsbanken verwaltet werden (1).

Die zweite Gesellschaft, die „Strategische Gesellschaft Pro-Klima“ getauft wurde, soll die Erprobung neuer Wege, gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen, finanzieren. Aber Einzelheiten dieser Erprobung bleiben ebenso unscharf wie hypothetisch.

Die Weltbank schätzte damals, dass sie in den nächsten drei Jahren 5 Milliarden Dollar (3 Milliarden Euro) aufbringen kann. Die Vereinigten Staaten kündigten an, dass sie 2 Milliarden Dollar zuschießen werden, Japan, genau wie Großbritannien, etwas über eine Milliarde, und die verbleibende Milliarde wird von verschiedenen Ländern entrichtet, die sich laut Aussage der Weltbank noch nicht öffentlich bekannt haben. Man kann sich zu Recht fragen, ob eine Organisation, die so deutlich im Kampf gegen die Armut (2) gescheitert ist, angemessene Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel finden kann.

Die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist riesig und wächst ständig.

In ihrem neuen strategischen Rahmen „Pro-Klima“ (3) anerkennt die Weltbank, dass die hauptsächlichen Verursacher der Klimaerwärmung einerseits der Ausstoß von Treibhausgasen und andererseits die Entwaldung sind. Aber die von der Weltbank finanzierten Projekte haben an beiden einen beträchtlichen Anteil.

Robert Goodland, 23 Jahre lang Umweltberater der Weltbank, ist heute sehr kritisch gegenüber seinem früheren Arbeitgeber wenn es um die Finanzierung von Palmölplantagen in Indonesien geht, die die Mangrovenwälder zerstören, oder Sojaanbau im Amazonasgebiet, oder aber um die extensive Viehzucht in Argentinien: „*Ein Viertel des Regenwaldes im Amazonasgebiet ist schon verschwunden, und zwar mit Hilfe und Förderung der Weltbank...“* (4)

Genauso erhöhen die Weltbank und ihr rechter Arm, die Internationale Finanz-Corporation (IFC) (5) weiterhin ihre Investitionen im Bereich der fossilen Energien. Im Jahr 2008 waren die Finanzhilfen für saubere Energien 5-fach geringer als die für nicht erneuerbare Energien, deren Förderungsbetrag um mehr als 165 % gestiegen ist. (6)

Die Weltbank hat beträchtliche Summen (etwa 2,3 Milliarden Dollar) in groß angelegte Projekte zur Energiegewinnung investiert. Im April hat die IFC ein Darlehen von 450 Millionen Dollar für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes in Westindien gewährt, Tata Ultra Mega Power, dessen gesamte Produktionskosten sich auf 4 Milliarden Dollar belaufen. Nach der Fertigstellung wird es einer der 50 größten Treibgas-Emittenten der Erde sein. Ebenso hat die IFC das Projekt Calaca Power auf den Philippinen mit 300 Millionen Dollar unterstützt, das Projekt „Erdöl und Gas“ in Argentinien mit 550 Millionen Dollar, das Projekt in Peru mit 300 Millionen Dollar und das Erdölprojekt Caim India II mit 250 Millionen Dollar.

Im Februar 2009 hat die IFC auch ein Grundsatzabkommen über die Vergabe von 5 Milliarden Dollar, verteilt über 5 Jahre, an Eskom abgeschlossen, um die Entwicklung Eskoms zu unterstützen. Erinnern wir uns daran, dass Eskom heute ein staatliches Unternehmen in Südafrika ist, das 95 % der Stromversorgung des Landes sichert, davon 90 % aus Kohlekraftwerken. Viele Berichte sind niederschmetternd. (7)

Am Mittwoch den 20. Mai 2009 hat die Weltbank angekündigt, dass sie ein neues Darlehen in Höhe von 80 Millionen Dollar an China vergeben hat, um die Ausbeutung und Nutzung von Grubengas zu fördern. Dieses Gas, das aus tiefen Kohleschichten gewonnen wird, ist 21 Mal so umweltschädlich wie CO2 und hochexplosiv. Im Kampf gegen den Klimawandel ist die Weltbank vollkommen unfähig.

Der Gipfel der Ironie: die Weltbank hat soeben eine Liste aller Projekte veröffentlicht, die von der Gesellschaft zur Finanzierung sauberer Energien unterstützt werden: Agrartreibstoffe und Kohlekraftwerke sind auch dabei. (8)

So sind allein die Projekte der Weltbank für 7 % des Treibhausgases verantwortlich, das von der Energiebranche weltweit ausgestoßen wird (9). In einem Jahrzehnt hat die Weltbank den Ausstoß von 62 Gigatonnen CO2 finanziert, das ist etwa das 45-fache des jährlichen CO2 Ausstoßes Großbritanniens (10).

Die Haltung der Weltbank ist schizophren aber vor allem extrem heuchlerisch.
Die Weltbank verteidigt doch tatsächlich ihre Politik indem sie behauptet, dass Elektrizität für die Länder der Südhalbkugel für ihre Entwicklung absolute Priorität hat, wobei der Einsatz von Kohle ob mit oder ohne Hilfe der Weltbank unumgänglich sei. Sie ist der Ansicht, dass sie das Schlimmste verhindern muss, indem sie den Bau von effektiveren und weniger umweltschädlicheren Fabriken erlaubt.

Es ist jedoch nicht richtig, dass der immer stärker werdende Einsatz von fossilen Energiequellen für die „Entwicklung“ unumgänglich ist. Wie eine Studie des World Watch Institute bestätigt, ist es möglich, dass die Länder der Südhalbkugel das Diktum von „Öl und Kohle über alles“ überwinden und sich direkt mit erneuerbaren Energien versorgen, wodurch sie weniger von Importen abhängig wären. Aber das findet natürlich nicht überall Gefallen. Vijaya Ramachandran, vom Center for Global Development sagt, dass „die Weltbank von ihren Krediten für fossile Energien abhängig geworden ist, um dadurch ihre eigene finanzielle Stabilität zu sichern“|11|.

Als die Weltbank ihre eigenen Klimafonds schuf, hat sie sich als neue führende

Kraft positioniert und dadurch die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) untergraben. So wurden die Länder der Südhalbkugel einer demokratischen Bühne beraubt und mussten in den Schoß der Weltbank zurückkehren. Lidy Nacpil vom Netzwerk Jubilee South meint dazu: *„Es ist ganz einfach unerhört, dass die Weltbank, der die reichen Länder vorsitzen, den armen Ländern Kredite anbieten, damit sich diese den bereits vorhandenen und künftig zu erwartenden Klimakatastrophen anpassen, für welche die reichen Länder verantwortlich sind, und dabei ihr Risiko vergrößern, noch stärker in die Schuldenfalle zu geraten. Klimafonds müssen stabil und vorhersehbar milliardenschwere Hilfen für die Länder der Südhalbkugel zur Verfügung stellen, damit diese sich der Klimakrise anpassen und nachhaltige Unternehmen fördern können, die maßvoll mit Energie umgehen. Aber die Weltbank, durch deren Projekte eine Anzahl von Menschen in zweistelliger Millionenhöhe auf der Südhalbkugel leiden, hat hierbei nichts zu suchen, sie sollte besser ihre eigenen Klimafonds streichen."*|12|.
Im Oktober 2008 hat Indien diese Forderung wahr gemacht, indem es die Hilfe der Weltbank mit der Argumentation ablehnte, dass es sich hierbei um eine undemokratische Institution handle und dass die Verhandlungen auf diesem Gebiet im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden müssten, wo jedes Land über eine Stimme verfügt.

Am 25. Februar 2009 hat der amerikanische Kongress die Beteiligung der Vereinigten Staaten an diesem neuen Fonds für die sauberen Technologien abgelehnt, denn die Weltbank hatte Kohlekraftwerke in die Liste für saubere Energiequellen aufgenommen.
Bei so viel Ablehnung wird es Zeit, dass sich Regierungen und soziale Bewegungen vereinen, um diese internationalen Finanzierungsinstitute, wie wir sie heute kennen, abzuschaffen. Diese verlängerten Arme des US-Kapitalismus haben sich überlebt und müssen endgültig als überholt betrachtet werden, bevor es zu spät ist.

Anmerkungen

|1| Multilaterale Entwicklungsbanken - MDB – sind supranationale Institutionen, die von souveränen Staaten gegründet wurden, die Anteilseigner sind. Ihr Auftrag ist es, die Politik zur Zusammenarbeit und Entwicklung, die von diesen Staaten definiert wurde, auszuführen.

|2| Die Weltbank hat in der Geschichte zu einer wachsenden Armut in der Welt beigetragen. Siehe E. Toussaint „Weltbank, ein dauernder Staatsstreich", gemeinsame Herausgeber Syllepse /CADTM/CETIM, 2004.

|3| Development and Climate Change : A Strategic Framework for the World Bank Group in « climate Bank or fossil fuel Bank? World Bank Group increases lending to high carbon projects", Srabani Roy, 29. September 2008, nachzulesen auf www.brettonwoodsproject.org

|4| "A quarter of the Amazon forest has already been destroyed, aided and encouraged by the bank" in Robert Goodland, "How aid destruction ? My former employees, the WB, is damaging the planet and punishing the poor", the Guardian, 23. Oktober 2007.

|5| Die internationale Finanzgesellschaft (International Finance Corporation oder IFC) ist eine Institution der Weltbankgruppe, die Geschäfte mit dem privaten Sektor tätigt.

|6| "climate Bank or fossil fuel Bank"? World Bank Group increases lending to high carbon projects, Srabani Roy, 29. September 2008, nachzulesen auf www.brettonwoodsproject.org

|7| Siehe Berichte: "How the World Bank's Energy Framework sells the Climate and Poor People short - A civil society response to the World Bank's Investment framework for clean energy and development" herausgegeben von: Les Amis de la Terre International, Bank Information Center, Bretton Woods Project, Campagna per la Riforma de la Banca Mondiale, CEE Bankwatch Network, Institute for Policy Studies, International Rivers Network, Oil Change International, Urgewald: "Dirty is the new clean: World Bank Climate Initiatives Come Under Fire"

|8| Anne Sophie Simpere, "la Banque mondiale veut sauver le climat avec des centrales à charbon, (die Weltbank will das Klima mit Kohlekraftwerken retten)" vom 2. Februar 2009, nachzulesen auf: www.amisdelaterre.org

|9| "Worlb Bank still supporting carbon intensive future", Heike Mainhardt Gibbs, 17. April 2009, nachzulesen auf: www.brettonwoodsproject.org

|10| Studie des WWF-UK

|11| Erklärung in Bloomberg News in: „Climate Bank or fossil fuel Bank", op.cit

|12| Zitat von Yann Louvel, „La Banque Mondiale est illégitime (Die Weltbank hat keine Legitimität)", 9. Dezember 2008 nachzulesen auf www.amisdelaterre.org

24.Mai 2009, aus:
http://www.cadtm.org/spip.php?article4422

Übersetzung: Gina HEIDEMANN et Kirsten HEININGER, SiG Redaktion

---

"Mal richtig abschalten!" 5.9.: Anti-Atom-Demo in Berlin

Am Samstag, 5. September, drei Wochen vor der Bundestagswahl, wird es mit einer zentralen Demo einen vorläufigen Höhepunkt des Protestjahres geben. Die große Demonstration ist zugleich Schlusspunkt eines Traktor-Trecks der bäuerlichen Notgemeinschaft aus dem Wendland. Damit knüpfen wir an die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung an: Vor 30 Jahren, am 25. März 1979, einige Tage nach dem nur knapp verhinderten GAU im US-Atomkraftwerk Harrisburgh, starteten in Gedelitz um die 1.500 Menschen mit 150 Treckern, auf Fahrrädern und zu Fuß nach Hannover. Das war der legendäre "Gorleben-Treck", der 31. März in Hannover von 100.000 Demonstranten begrüßt wurde. Wenige Wochen später verkündet der CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht, eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben sei politisch nicht durchsetzbar. 2009 lernen die Bundespolitiker vielleicht: Eine längere Laufzeit der AKWs ist politisch nicht durchsetzbar... Wir wollen gemeinsam deutlich machen, dass sich jede/r – egal, wer nach der Wahl regiert – die Finger verbrennt, der die Stilllegung von Atomkraftwerken verhindern will.

Die Demo wird veranstaltet von einem Trägerkreis aus .ausgestrahlt, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Bäuerliche Notgemeinschaft (Wendland), Campact, BUND und Robin Wood.
Weitere Informationen: www.anti-atom-demo.de
S. auch http://www.ausgestrahlt.de/atom/home, www.contratom.de

Winfried Wolf

EuropaVerkehrsWende - JETZT!

Investitions- und beschäftigungspolitisches Programm *Schiene Europa 2025*

Kurzfassung in 12 Thesen, *15. Mai 2009*

Seit dem Auftakt der Konferenz "Nächster Halt: Bürgerbahn" im Landtag Düsseldorf haben wir das neue Investitions- und Beschäftigungsprogramm "Schiene Europa 2025" von Winfried Wolf. Darin wird detailliert dargelegt, wie eine nachhaltige Verkehrspolitik möglich ist, eine Fundgrube für Argumente. Eine Kurzfassung folgt hier, das komplette Programm wird in Kürze mit Angabe aller Zahlen und Tabellen veröffentlicht.

I
Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist auch eine Umwelt-, Klima- und Ressourcenkrise. An ihrem Ausgang stand die Explosion des Ölpreises. In ihrem aktuellen Zentrum steht die Krise im Transportsektor, in der Logistik und in der Autoindustrie.

II
Der Transportsektor hat sich seit Jahrzehnten weltweit und in Europa zugunsten des Straßen- (Pkw und Lkw) und des Luftverkehrs entwickelt. In Europa wurde im Zeitraum 1970 bis 2006 die Zahl der mit Pkw zurückgelegten Personenkilometer um das 2,6-fache gesteigert. Allein der *Anstieg* der Pkw-Personenkilometerleistung, die es 2000 bis 2006 gab (um rd. 300 Milliarden Pkm) entspricht der *gesamten* Personenkilometerleistung der Eisenbahnen im Jahr 2006.

III
Im Personen- und im Güterverkehr Europas werden damit seit Jahrzehnten diejenigen Transportarten gestärkt, die die Umwelt und das Klima am stärksten belasten und die Lebensqualität erheblich einschränken.

IV
Es ist nicht in erster Linie der Markt und es sind nicht vor allem die Bedürfnisse, die in den verkehrten Verkehr münden. Entscheidend ist eine Verkehrsmarktordnung, die Auto und Flugzeug bevorzugt, und eine spezifische Infrastrukturpolitik: Zwischen 1970 und 2005 wurde das Autobahnnetz verdreifacht, das Schienennetz um ein Achtel reduziert und die Bahnhofsdichte halbiert.

V
In krassem Gegensatz zu vielen Sonntagsreden steigt die CO-2-bedingte Klimabelastung durch den Verkehrssektor massiv an. Der Verkehrssektor ist zugleich dafür verantwortlich, dass es in Europa seit 1990 keinerlei Reduktion der CO-2-Emissionen gibt und dass die CO-2-Belastung ohne eine Verkehrswende noch gesteigert wird. Dabei ist ausschließlich der Straßen-und der Flugverkehr für diese verheerende Bilanz verantwortlich. Im Schienenverkehr konnte, trotz eines deutlichen Wachstums, die CO-2-Belastung deutlich reduziert werden.

VI
Mit der Krise kommt es zu einer zusätzlichen Förderung des Straßen- und des Luftverkehrs (u. a. durch Senkung der Kfz-Steuern, Abwrackprämien, Subventionen für Auto- und Flugzeugbauer). Vor allem droht ein beschleunigter Ausbau der Infrastruktur für den Straßen- und Flugverkehr und ein weiterer Abbau der Schienenetze, letzteres vor allem im Rahmen der Bahnprivatisierungen. Damit wird die bisherige Infrastrukturpolitik, die den verkehrten Verkehr produzierte, fortgesetzt.

VII
Die weltweite Krise muss Anlass sein, den Zwang zum fortgesetzten Verkehrswachstum zu hinterfragen. Die Steigerungen der je Person zurückgelegten Personenkilometer sind nicht primär Ausdruck von mehr Mobilität. Sie resultieren aus der Beseitigung dezentraler Strukturen und aus strukturellen Zwängen (z.B. hohe Miet- und Wohnungspreise in den Zentren; Förderung vom "Wohnen im Grünen"). Die enorme Steigerung der "Transportintensität" (der in einer Ware enthaltenen Transportkilometer) ist kein Gewinn an Lebensqualität, sondern v.a. der Subventionierung der Transportpreise geschuldet. Im Zentrum einer Verkehrswende-Politik steht die Vermeidung von Verkehr und dann die Verlagerung von Verkehren auf Füße, Pedale und Schienen.

VIII
Europa ist der einzige Kontinent der Welt, auf dem die Schiene als Alternative zum Pkw- und Kurzstreckenflugverkehr und zu Lkw-Transporten relativ *kurzfristig* und massenhaft zum Einsatz kommen kann: Noch gibt es hier ein rund 250.000 Kilometer langes Schienennetz, das die Fläche weitgehend abdeckt. Das **Programm Schiene Europa 2025** setzt hier an. Erforderlich sind u.a. ein Ausbau des europaweiten Schienennetzes um 35.000 km (was dem Stand von 1970 entspricht); eine umfassende Elektrifizierung und Modernisierung des Netzes und des rollenden Materials, eine Revitalisierung von 25.000 Bahnhöfen und die Realisierung von flächendeckenden Schienenverkehrsangeboten mit der Orientierung an dem Modell des integralen Taktverkehrs (Modell SBB/Schweiz).

IX
Mit der Verwirklichung eines solchen – in eine allgemeine Politik der Verkehrswende eingebetteten – Programms können nach der Modellrechnung des Programms **Schiene Europa 2025** die verkehrsbedingten CO-2-Emissionen bis zum Jahr 2020 auf ein Viertel des bisherigen Volumens reduziert werden. Dadurch ist die Halbierung der gesamten Kohlendioxid-Emissionen möglich. Nur auf diese Weise kann der auf internationaler Ebene zu Recht von Europa geforderte Beitrag zur Senkung der CO-2-Emissionen geleistet werden.

X
Das Programm **Schiene Europa 2025** kommt für den 15-Jahreszeitraum 2010-2025 auf ein Volumen von rund 500 Milliarden Euro. Das entspricht dem, was derzeit allein jeweils die deutsche oder die britische Regierung in den Finanzsektor "investiert" – in zwei bis drei Jahren! Und anders als diese Bankenrettungsprogramme, die viel kosten, wenig bringen und sich nie amortisieren, ist das Programm **Schiene Europa 2025** komplett gegenfinanziert: Mit seiner Realisierung würden sich die derzeit hohen Unterstützungszahlungen der Staaten an die Eisenbahnen schnell drastisch reduzieren. Vor allem kommt es damit zu der erforderlichen Reduktion der extrem hohen "externen Kosten" des Straßen- und Flugverkehrs (Kosten durch Lärm, Umweltzerstörung, Klimabelastung, durch den Verkehr verursachte Krankheiten, durch – allein im Zeitraum 2010-2025 – 500.000 Straßenverkehrstote usw.).

XI
Gegenwärtig werden fast alle staatlichen Maßnahmen mit dem Argument "Schutz der Arbeitsplätze" begründet. In Wirklichkeit "investiert" der Staat meist in Prozesse der Kapitalkonzentration und der Rationalisierung, was zu massenhaften Belegschaftsabbau führt. Bei den **Schiene Europa 2025**-Investitionen handelt sich um Investitionen in Bereichen, bei denen eine Einheit Kapital weit mehr Jobs erhält und neue schafft als dies z. B. in der Autoindustrie oder bei Banken der Fall ist. Hier werden auch in erster Linie dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen. Die im Programm **Schiene Europa 2025** unterstellte Verdopplung des

Schienenverkehrs bis 2025 wird, zusammen mit der erforderlichen größeren personellen Präsenz im Servicebereich, dazu führen, dass zusätzlich mindestens 1,5 Millionen Menschen – im gesamten Eisenbahn- und Bahntechnik-Bereich dann 2,5 Millionen Menschen - dauerhaft Beschäftigung finden.

XII

Mit dem Programm **Schiene Europa 2025** wird in eine verkehrspolitische Entwicklung investiert, auf die die Attribute "gute Arbeit", "nachhaltig" und "zukunftsfähig" zutreffen. Die Verwirklichung dieses Programms zielt in erster Linie auf einen Verkehrssektor, der die Klima- und Umweltbelastungen deutlich reduziert und die Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt. Diese Politik hat zugleich den wichtigen "Nebeneffekt", dass – als eine Art *Sonderbeitrag in den Zeiten der Krise* – ein großer Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Schaffung von deutlich mehr als einer Million neuer Arbeitsplätze geleistet wird.

http://www.bahn-fuer-alle.de

Europäische Erklärung gegen Bahnprivatisierungen und für nachhaltige Transportsysteme

Auf einem Kongress in Köln unter dem Titel „Nächster Halt: Bürgerbahn!“ verabschiedeten die rund 80 Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern eine „Kölner Erklärung“, die den seit zwei Jahrzehnten europaweit laufenden Prozess der Liberalisierung, Fragmentierung und Privatisierung des Eisenbahnsektors kritisiert und den „Aufbau und Erhalt einer integrierten Bahn in Bürgerhand“ fordert. Zu der Veranstaltung eingeladen hatten „Bahn für Alle“, das bundesdeutsche Aktionsbündnis gegen die Bahnprivatisierung, die britische Bahngewerkschaft RMT sowie die nordrhein-westfälischen Grünen und deren verkehrspolitischer Sprecher im Düsseldorfer Landtag, Horst Becker.

Kölner Erklärung, 16. Mai 2009

Europäische Erklärung gegen Bahnprivatisierungen und für nachhaltige Transportsysteme

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise betont die Notwendigkeit, für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung stabile öffentliche Verkehrsnetze auszubauen und diese zu sozial verträglichen Konditionen zugänglich zu machen, Arbeitsplätze zu schaffen sowie eine Verringerung des Kohlendioxidausstoßes zu erreichen, um eine nachhaltige Entwicklung der Umwelt für unsere Zukunft zu ermöglichen.

Wir fordern ein Konjunkturprogramm beruhend auf:

1. einer nachhaltigen, wirtschaftlichen Entwicklung der öffentlichen Verkehrsnetze, welche die nationalen und internationalen in öffentlicher Hand befindlichen Personenschienenverkehrsnetze verbindet; Erhöhung der öffentlichen Mittel, um den Wiederaufbau der öffentlichen Verkehrsnetze zu fördern
2. der Verdreifachung des öffentlichen Nahverkehrs in Städten und dem Ausbau des Fahrradverkehrs, der Reduzierung des privaten Kraftfahrzeugverkehrs, der Umrüstung der Automobilindustrie
3. der Entwicklung der Regionalisierung, der Entwicklung des Einzelwagenladungsverkehrs und der Diversifizierung des Bahnfrachtverkehrs, einer Wiederbelebung des städtischen Bahnfrachtverkehrs, einer Reduzierung des LKW-Verkehrs
4. Umstieg der Bahn auf erneuerbare Energiequellen

Wir glauben, dass die Konsequenzen der Bahnprivatisierung, der Liberalisierung des Schienenverkehrs und der Fragmentierung der Bahngesellschaften folgende sind:

- Abstriche bei der Sicherheit der Eisenbahn, Angriffe auf die Löhne, Arbeitsbedingungen und Pensionen der Beschäftigten sowie auf gewerkschaftliche Organisation und (bestehende) Tarifverträge
- Einen Bruch mit dem Konzept einer sozialen Bahn zugunsten ausschließlicher Wirtschaftsinteressen und einer einseitigen Renditeorientierung als Gütekriterium erfolgreichem Schienenverkehrs
- Eine teurere, weniger effiziente Bahn, bei welcher der Gewinn über den Bedürfnissen der Gemeinschaft steht

Wir fordern daher:

- Den Aufbau und Erhalt einer integrierten Bahn in Bürgerhand.
- Die Verantwortung der Kommunen und Regionen für den Nahverkehr muss gestärkt und ausgeweitet werden. Demokratisch gewählte Gremien garantieren die Schaffung und Vorhaltung der Nahverkehrssysteme und stellen ihre Finanzierung durch die öffentliche Hand sicher.
- Klare und verbindliche Fahrgastrechte für den öffentlichen Schienenverkehr, so dass der Verbraucherschutz Vorrang bekommt in Fällen von Verspätungen und Qualitätsmängeln.

Wir verurteilen:

- All jene EU-Direktiven, einschließlich der „EU-Bahnpakete“, die immer mehr zu einer Privatisierung der europäischen Bahngesellschaften und zu einem so genannten Liberalisierungsprozess führen, der zu einer geringeren demokratischen Verantwortlichkeit und einer Zunahme der privaten Schienenmonopole führt.
- All jene Regierungen, EU-Institutionen, die Weltbank und andere Finanzinstitute, die die Privatisierung, Liberalisierung und Zerschlagung der Bahnunternehmen zunehmend zur Bedingung für Finanzierungsbeihilfen machen.

Wir glauben, dass die Privatisierung der öffentlichen Verkehrssysteme eines der Hauptinstrumente der neoliberalen Reduktion öffentlicher Leistungen und der Umverteilung der Ressourcen von unten nach oben ist. Wir kommen hiermit überrein, unsere lokalen und nationalen Bemühungen in einer Europäischen Koalition gegen die Bahnprivatisierung und für nachhaltige Transportsysteme zu bündeln, indem die Organisationen der Bahnarbeiter und der Bahnnutzer mit den Bürgern zusammen gebracht werden, um eine Zukunft für zukünftige Generationen zu sichern.

Unterzeichnet von den folgenden Organisationen und Befürwortern öffentlichen Verkehrs:

Attac / Autofrei leben! / Bahn von unten Bund für Umwelt und Naturschutz BUND Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU / Bürgerbahn statt Börsenbahn European Coalition Against Rail Privatisation / Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten / DIE GRÜNEN NRW /Grüne Jugend / Grüne Liga / JungdemokratInnen / Junge Linke / Jusos in der SPD / Linksjugend Solid / Natur-Freunde Deutschlands / RMT - the National Union of Rail, Maritime and Transport Workers / Robin Wood / Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken / Umkehr e.V. / VCD Brandenburg / SNTSF – National Railway Workers Trade Union (Portugal)

http://www.bahn-fuer-alle.de

Tobias Pflüger zum Lissabon-Vertrag: Nein heißt Nein

Der EU-Gipfel hat am vergangenen Freitag (19. Juni) in Brüssel ein »Zusatzprotokoll« zum Lissaboner Vertrag verabschiedet. Dieses Protokoll muss, damit es gültig wird, in allen EU-Staaten ratifiziert werden. Plan ist, dass die EU-Mitgliedsstaaten das »Protokoll« z.B. beim Beitritt von Kroatien mit unterzeichnen und dann in den jeweiligen nationalen Parlamenten beschließen. Es beinhaltet drei Punkte: Steuerpolitik, Abtreibungsrecht und Militärpolitik. Ziel ist, einen Teil derjenigen ruhig zu stellen, die gegen den Lissaboner Vertrag gestimmt haben, um eine Mehrheit beim erneuten Referendum zum Lissabonvertrag am 2. Oktober zu erhalten.
Interessant ist vor allem der Punkt *»Sicherheit und Verteidigung«*. Es wird behauptet, der Vertrag würde die Neutralität Irlands nicht berühren. Das ist falsch: Die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bleibt ein wesentliches Element des Lissaboner Vertrages. Es gibt eine Reihe von Positivbezügen zur NATO. So heißt es im »Protokoll« 10: *»In der Überzeugung, dass eine maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den so genannten Berlin-plus-Vereinbarungen zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses beitragen wird.«* Das ist ein offener Bruch unter anderem der Neutralität Irlands.
Das Zusatzprotokoll wird nichts daran ändern, dass der Lissaboner Vertrag die EU zu einer Militärunion machen würde. Alle Militärelemente des Vertrages bleiben bestehen:
- Die militärische »*Solidaritätsklausel«* (Art. 222), die härter ist als die Solidaritätsklausel der NATO, macht die EU zu einem Militärbündnis und ermöglicht einen Einsatz von Militär im Inneren der EU.
- Artikel 42 verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung.
- Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« macht ein militärisches Kerneuropa möglich. Entscheiden über die so beschlossenen Einsätze dürfen dann nur noch diejenigen, die daran teilnehmen.
- Mit dem »Anschubfonds« kann der EU-Haushalt erstmals für Militärisches genutzt werden, die bisherigen EU-Verträge verbieten dies.
- Sowohl die EU-»Battle Groups« (EU-Kampftruppen) als auch die EU-Rüstungsagentur würden mit dem Lissaboner Vertrag erstmals primärrechtlich verankert. Dann könnten sie erst wieder durch einen neuen EU-Vertrag abgeschafft werden.

Die Textvorlage des EU-Rates bestätigt, wie richtig unsere Kritik an den militärischen Auswirkungen des Lissaboner Vertrages war und ist. Nun soll also mit Tricksereien der Lissaboner Vertrag doch noch durchgesetzt werden.

Die Iren haben klar und deutlich mit »Nein« gestimmt. Sie sollen solange abstimmen, bis das Ergebnis der selbsternannten EU-Elite passt. Die »Zugeständnisse« im neuen »Zusatzprotokoll« sind unverbindliche Kosmetik.
Vertreter/innen der progressiven Nein-Kampagne aus Irland haben dazu aufgerufen, das zweite Referendum in Irland zum Lissabon-Vertrag als EU-weite Abstimmung zu verstehen und um Unterstützung von progressiven NEIN-Kräften aus den anderen EU-Ländern geworben. Dem werden wir nachkommen. Wir werden dafür kämpfen, dass auch bei einem zweiten Referendum in Irland das NEIN zu diesem neoliberalen und militaristischen Lissabonner Vertrag obsiegt. Nein heißt Nein!
** Aus: Neues Deutschland, 26. Juni 2009*

("Brüsseler Spitzen" http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Irland/nein.html)

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einem Trick den Lissabon-Vertrag ratifizierbar gemacht.

Sie haben jetzt in Teilen das am gestrigen Dienstag verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, das den Vertrag im Grundsatz billigt. Können Sie das näher ausführen?
Ich kämpfe weiter gegen den Vertrag. Nun wurde aber das Begleitgesetz dazu für verfassungswidrig erklärt – das Gesetz also, das der Bundestag als Beitrag zur Ratifizierung beschlossen hat. Das ist schon was!

Die Frage war unter anderem, wer entscheidet, ob sich die Bundeswehr an einem EU-Militäreinsatz beteiligt. Die Regelung im Vertrag besagt, daß darüber der Rat der EU entscheidet. Die Verfassungsrichter haben nun klargestellt, daß darüber ausschließlich der Bundestag zu entscheiden hat.
Faktisch widerspricht der Vertrag also dem Grundgesetz, aber dieser Widerspruch wurde jetzt elegant gelöst, indem man entschieden hat, der Vertrag selbst sei grundgesetzkonform, aber das Begleitgesetz nicht. Was natürlich ein Trick ist, um den Vertrag doch noch ratifizieren zu können.

Wie würden die Entscheidungsprozesse demnach ablaufen?
Das wird an einem Punkt sehr spannend, nämlich bei der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« nach Protokoll 10 des Lissabonner Vertrages. Dort ist von Militäreinsätzen der »EU-Battle-Groups« innerhalb von fünf bis 30 Tagen die Rede. Die sind aber durch das Karlsruher Urteil praktisch kaum durchführbar, denn der Bundestag müßte jedes Mal erst einberufen werden. Insgesamt können wir das Urteil natürlich nicht gutheißen, aber dieser Punkt ist für uns das Gute im Schlechten.
Ich habe meine Zweifel, ob sich in der genannten Frist überhaupt eine Entscheidung des Bundestages herbeiführen läßt. Das heißt: Entweder ist diese Regelung hinfällig, oder es wird noch eine Möglichkeit geschaffen, den Bundestag so schnell einzuberufen. Oder: Das Parlament als Ganzes wird doch noch umgangen.

Könnte es passieren, daß die EU-Battle-Groups dann grundsätzlich in Frage gestellt werden müssen?
Das Verfassungsgerichtsurteil ist zunächst eine parlamentarische Fessel für die Battle-Groups. Was nun fehlt – und was der Bundestag jetzt nacharbeiten muß –, ist ein neues Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag mit einer Regelung für die Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der EU. Aber ich kann mir das nicht vorstellen. Wenn ich zum Beispiel an den Georgien-Krieg im vergangenen Jahr denke – mitten im Sommer! –, dann erscheint mir eine solche Regelung doch sehr unrealistisch. Es könnte durchaus sein, daß die Funktion der Battle-Groups als schnelle Interventionstruppen dadurch ausgehebelt wird.

Wie erklären Sie sich, daß zuvor Abgeordnete von CDU, CSU, FDP und SPD mit dem Lissabon-Vertrag ihre eigenen Entscheidungsrechte beschnitten haben. Hatten sie das nicht durchschaut oder wollten sie die Verantwortung für deutsche Auslandseinsätze von sich schieben, weil sie wissen, daß die Mehrheit der Bevölkerung diese nicht billigt?
Ich vermute letzteres. In ihren Wahlkreisen erklären die Abgeordneten sicherlich ungern, warum sie für Auslandseinsätze stimmen und wieso man unbedingt deutsche Soldaten im Rahmen von EU-Militäreinsätzen in den Kongo oder in den Tschad schicken muß. Obwohl Parlamente nicht alles sind, gibt es doch Situationen, in denen sie eine wesentliche Rolle spielen, z. B. bei der Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Wäre es denn im Umkehrschluß nicht auch denkbar, daß der Rat der EU militärischen Alleingängen seiner Mitgliedsstaaten einen Riegel vorschiebt?
Die Karlsruher Entscheidung bezieht sich auf EU-Militäreinsätze, an denen deutsche Soldaten teilnehmen sollen. Wenn Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Rahmen der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« des Vertrages entscheiden sollten, Soldaten z. B. nach Namibia zu schicken, müßte das nach wie vor vom Rat der EU genehmigt werden. Aber die beteiligten Staaten könnten dann später selbst über Truppenaufstockungen und die Dauer der Einsätze entscheiden.

http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5796145/modTrackback
Tobias Pflüger, Linkspartei, ist Mitglied der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament. Sein Mandat endet am 14. Juli 2009

Bildungsstreik 2009

Aus dem Aufruf für die Bildungsstreikwoche:
Die derzeitigen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem sind nicht weiter hinnehmbar! Weltweit sind Umstrukturierungen aller Lebensbereiche nicht mehr gemeinwohlorientiert, sondern den so genannten Gesetzen des Marktes unterworfen. Seit ein paar Jahren ist auch das Bildungssystem in den Fokus solcher "Reformen" geraten: Bildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle! Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich, dass die Auswirkungen wettbewerbsorientierter Entscheidungskriterien verheerend sind. In vielen Ländern protestieren Menschen dagegen, so z.B. in Mexiko, Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland. In diesem internationalen Zusammenhang steht der Bildungsstreik 2009.
Der anhaltende Protest gegen Studiengebühren und Sozialabbau in den letzten Jahren hat bei den Verantwortlichen in Medien, Wirtschaft und Politik zu wenig Wirkung gezeigt. Deswegen rufen wir nun dazu auf, unsere demokratischen Rechte in Form eines bundesweiten Bildungsstreiks wahrzunehmen. (…)

Ziel des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. Des Weiteren sollen Möglichkeiten einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik aufgezeigt und durchgesetzt werden. Dem Einfluss der maßgeblichen politischen und ökonomischen Interessen im Bildungsbereich setzen wir **unsere Alternativen** entgegen:

- selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.
-

Ein anderes Bildungssystem ist möglich – und dringend nötig!

www.bildungsstreik2009.de

Das SchülerInnenstreikkomitee / Bonner Jugendbewegung lädt alle ein:

Bundesweites Treffen zur Planung des weiteren Bildungsprotests 10. – 12. Juli in Bonn

Der bundesweite Bildungsstreik war ein Riesenerfolg. Während der ganzen Woche gab es verschiedenste Aktionen, in denen der Protest gegen das Bildungssystem zum Ausdruck gebracht wurde. Bei den dezentralen
Demonstrationen beteiligten sich bundesweit knapp 300.000 Menschen in mehr als 100 Städten. Das Thema Bildung ist jetzt unseretwegen in aller Munde. Mensch kann zu Recht sagen: Die Jugend kommt auch in Deutschland in Bewegung.
Und doch ist uns allen klar, dass der Bildungsstreik allein nicht ausreicht um das Turbo-Abi, die Studiengebühren, das mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen und all die anderen Blockaden im Leben unserer Generation einzureißen. Es ist deshalb wichtig, die Motivation und die mediale Aufmerksamkeit des Bildungsstreiks zu nutzen um weitere Aktionen bundesweit zu planen und durchzuführen. Lasst uns dafür auch die Streikwoche auswerten! Dadurch machen wir unsere Bewegung zu einer starken Jugendbewegung.
Dazu wollen wir, SchülerInnen, Studierende, Azubis, junge Arbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, uns vom Freitag, den 10. bis Sonntag, den 12. Juli in Bonn treffen.
Treffpunkt: DGB-Haus Bonn (Endenicher Str. 127, 53115 Bonn)

Sonderseiten Krisen von Attac Deutschland:
http://www.attac.de/aktuell/krisen/einfuehrung/

Werner Rügemer: Brandstifter als Feuerwehr
http://www.attac.de/aktuell/krisen/alternativen/detailansicht-autorinnenbeitraege/datum/2009/04/27/werner-ruegemer-brandstifter-als-feuerwehr/?cHash=14f4c4dd3d

Ingrid Lohmann
Bei der Privatisierung der Bildung ist kein Ende in Sicht

Die Erziehungswissenschaftlerin Professor Ingrid Lohmann an der Universität Hamburg über die Kommerzialisierung der Schulen - Warum herrscht solche Aufregung, Kurzatmigkeit und Widersprüchlichkeit im deutschen Bildungssystem und in der Berichterstattung darüber?

Hier kommen verschiedene Probleme zusammen. Erstens haben die PISA-Studien gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich nicht so gut abschneidet. Der soziokulturelle Hintergrund bestimmt die Schullaufbahn zu stark. Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenhaushalten haben schlechtere Chancen. Darauf muss man reagieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass PISA eine Initiative der OECD, also eines mächtigen internationalen Wirtschaftsverbandes, ist.

Zweitens will man die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems erhalten. Auch eine Zweigliedrigkeit, eine Aufteilung in Gymnasien einerseits und eine Zusammenführung der Haupt- und Realschulen andererseits, ändert daran nichts. Die Vorab-Selektion bleibt bestehen.

Drittens wird der öffentliche Sektor im Bildungswesen abgeschafft, das heißt das Privatschulwesen wird verstärkt. In Deutschland jedoch noch häufiger und auffälliger ist die „neue Steuerung“ an den Schulen. Das bedeutet die Verbetriebswirtschaftlichung unserer Bildungseinrichtungen durch die freiwillige oder erzwungene Einführung des Managementmodells. Unter demokratisch anheimelnden Formeln – „autonome Schule“, „lernende Institution“ oder „Eigenverantwortlichkeit“ – wird so die Privatisierung der Schulen vorbereitet.

Von dieser Privatisierung des Bildungswesens ist immer wieder die Rede. Wie macht sie sich denn konkret bemerkbar?

Privatschule und kommerzielle Anbieter werden mittlerweile massiv begünstigt. Sie werden im Vergleich zu früher stärker subventioniert, weil man der Philosophie folgt, dass Privatisierung die bessere Lösung ist. Die öffentlichen Schulen müssen mit einem knapp bemessenen, festgelegten Budget auskommen. Wenn sie mehr Geld brauchen, sind sie gezwungen, Spenden einzutreiben oder private Sponsoren zu finden. So gewinnen Firmen oder andere Organisationen Einfluss auf die Schulen. Zunehmend stellen etwa Firmen Unterrichtsmaterial. Werbung wird so selbstverständlicher Bestandteil des Schulalltags. Es gibt außerdem auch langfristige, vertraglich geregelte Zusammenschlüsse zwischen Schulen und Industrie, so genannte Private Public Partnerships.

Dann werden aus Lehrern Manager?

Evaluationsinstrumente, wie beispielsweise SEIS (Selbstevaluation in Schulen) von der Bertelsmann-Stiftung entwickelt und promotet, tragen dazu bei, dass Schulen wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden. Die Konkurrenz unter den Schulen wird so insgesamt gefördert. Die Schulen müssen sich der Wirtschaftslogik entsprechend Profile geben und gegeneinander abgrenzen. Die Stellung des Rektors hat sich als Folge davon verändert. Er ist jetzt Manager. Die Entscheidungsmacht liegt bei ihm und die kollegiale Selbstverwaltung wird abgebaut. Es gibt bereits Hilferufe von Rektoren, die völlig überlastet sind. Die zunehmende Ökonomisierung des Bildungssystems bedeutet auch, dass eine Art Profit aus Kindergärten, Schulen und Universitäten erwirtschaftet werden muss durch Einwerbung von Sponsoren oder Werbeverträgen.

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Schulen und auch Hochschulen wurden jahrzehntelang strategisch gezielt unterfinanziert, deshalb erscheinen diese Privatisierungsmaßnahmen jetzt so plausibel. Es wäre viel besser für Schüler, Eltern und Lehrer, wenn man einfach überall gut ausgestattete öffentliche Schulen hätte. Übrigens ist von der Privatisierung der gesamte öffentliche Sektor betroffen, etwa das Gesundheitswesen, die Bahn, die Post und die Wasserversorgung.

Wer treibt diese Privatisierung in der Bildung voran? Wer sind die Akteure?

In Deutschland steht an erster Stelle die Bertelsmann-Stiftung, die Mehrheitseigentümerin der Bertelsmann AG ist, aber natürlich auch andere große Konzerne und Arbeitgeberverbände. International ist es die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), eine internationale Organisation der Wirtschaft mit Sitz in Paris und die WTO (World Trade Organization), die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt und ihren Sitz in Genf hat. In der Dritten Welt treiben IWF (Internationaler Währungsfond), eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe in Washington D.C., und die Weltbank die Privatisierung von Bildung und anderen öffentlichen Bereichen voran.

Was hat die Bertelsmann-Stiftung im deutschen Bildungsbereich bisher erreicht und welche Ziele strebt sie in Zukunft an?

Sie hat sich für die Einführung der „neuen Steuerung“, also für das so genannte Qualitätsmanagement, an Schulen stark gemacht. Sie steuert durch viele einzelne Projekte und medienwirksame Kampagnen, die man ihr manchmal nicht eindeutig zuordnen kann, was wohl auch so gewollt ist. Diese Initiativen treten ähnlich wie Bürgerinitiativen selbstständig auf, sind aber eigentlich manipuliert. Dazu kommt eine massive Beeinflussung der Hochschulpolitik: die Einführung der Bachelor- und Master-Studienabschlüsse und der Studiengebühren sowie eine veränderte Organisation der Leitung der Hochschulen. Die Modularisierung des Wissens, das in den Studiengängen vermittelt wird, bietet zudem beispielsweise durch die dafür notwendige Digitalisierung neue Geschäftsfelder für Bertelsmann.

Wie steht es mit der oft angeführten internationalen Vergleichbarkeit der Lehrinhalte?

Die Vergleichbarkeit der Inhalte, die man mit dem Argument anstrebt, den Studierenden Mobilität zwischen den Hochschulen, auch ins Ausland, zu ermöglichen, erzeugt gleichzeitig eine Kontrolle der Inhalte. Hier besteht dann Anpassungsdruck sowie die große Gefahr der Gleichschaltung von Inhalten. Unter dem steuerlich privilegierten Deckmantel der Gemeinnützigkeit bereitet die Bertelsmann-Stiftung von Deutschland aus die Ausdehnung der Konzerngeschäftsfelder auf das europäische Bildungs- und Wissenschaftssystem vor. Ich sehe gegenwärtig kein Ende der Privatisierungswelle. Mittlerweile erhalten Studierende ihre Stipendien zum Teil sogar direkt von Firmen, an die sie daraufhin ihre künftige Arbeitskraft verkaufen müssen. Mir kommt es langsam so vor, als strebe man hier die Macht über die Welt an. Und sicher bedeutet es eine Entdemokratisierung. Mittlerweile wird glücklicherweise hinterfragt, ob die Gemeinnützigkeit der 1977 gegründeten Bertelsmann-Stiftung wirklich gegeben ist. Die Stiftung finanziert sich aus Gewinnen und Steuererlassen und verfügte 2005 über ein Jahresbudget von 56,7 Millionen Euro. In der Bertelsmann-Denkfabrik arbeiten etwa 280 Angestellte an Reformvorlagen und Modellprojekten, unter anderem zu bildungspolitischen Themen.

Wie wurde die Privatisierung des Bildungswesens möglich gemacht?

Bildungsdienstleistungen sind seit 1995 handelbare Ware. Das wurde durch das

Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, kurz GATS (General Agreement on Trade in Services) innerhalb der WTO, der 153 Mitgliedsländer angehören, beschlossen. Das heißt, man kann zum Beispiel einen Bildungskonzern gründen, der das Management in Schulen kommerziell übernimmt. In dem Moment, wo Bildung nicht mehr als staatliche Hoheitsaufgabe verstanden wird, müssen dann auch private nationale oder internationale Anbieter zugelassen werden. So weit ist die Situation zwar noch nicht ganz, aber die Entwicklung geht stark in diese Richtung. Deshalb soll der Staat als Träger von Kindergärten, Schulen und Hochschulen auch seine Bildungsbudgets offen legen, damit private Anbieter dann sagen können: Das bieten wir billiger und besser an. Dann können sie die entsprechenden Steuermittel einfordern, und auf diese Weise wird die Kommerzialisierung dann staatlich subventioniert. 2004 lag die Summe der privaten und staatlichen Bildungsausgaben weltweit bei geschätzten 2 000 Milliarden US-Dollars. Um diese Mittel geht es. Die Frage nach der Regierungsweise des Bildungssystem ist gleichbedeutend mit der Frage danach, wer über diese Summen verfügt."

Hat diese Verbetriebswirtschaftlichung nur Nachteile? Können hier nicht innovative Programme viel besser durchgeführt werden als im angeblich so schwerfälligen Staatsbetrieb?

Schüler, Lehrer, Studierende und Professoren werden durch diese Ausrichtung des Bildungswesens entfremdenden und krankmachenden Zwängen unterworfen. Man wird genötigt, sein Hauptaugenmerk auf äußerliche Merkmale zu legen, die mit dem Inhalt des Lehrens und Lernens nichts zu tun haben, auch nicht mit der Motivation und dem Interesse an einem Wissensgebiet. Im Unterricht findet dann etwa nur noch „Lernen für den Test" statt. Man kann sich nicht mehr in Ruhe in ein Thema der eigenen Wahl vertiefen. Wissen verengt sich für Schüler und Lehrer auf Abfragbarkeit. Wenn jeder Handschlag unter finanziellen Verwertungsgesichtspunkten gesehen wird, dann macht man nur noch das, was sich in barer Münze auszahlt.

Seit wann wird diese Privatisierung des Bildungswesens vorbereitet?

Sie hat einen langen Vorlauf und die Akteure haben einen langen Atem. Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften gab es bereits in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts erste Ansätze. Nach dem Zweiten Weltkrieg forderte zum Beispiel Milton Friedman, ein sehr einflussreicher US-amerikanischer Ökonom, schon eine Privatisierung der öffentlichen Schulen.

Wie gehen die betroffenen Eltern mit dieser Situation um?

Hier sind sozialpsychologische Effekte wirksam, welche die Eltern maßlos unter Druck setzen. Angst vor Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit und Verarmung ist vorherrschend. Und so macht sich ein regelrechter Förderwahn bemerkbar. Eltern haben Angst davor, dass ihre Kinder eines Tages unter der Brücke schlafen müssen. Bildung, so hoffen die verzweifelten Eltern, soll das gesellschaftliche Abrutschen verhindern. Die Schülerzahl an den deutschen Privatschulen steigt deshalb an. Aber auch am Gymnasium – man denke nur an G8 – wird auf Kinder und Jugendliche jetzt ein enormer Leistungsdruck ausgeübt. In dieser bewusst erzeugten Paniksituation gelingt es kaum, Eltern, Schülern und Lehrern klarzumachen, dass ein finanziell gut ausgestattetes öffentliches Schulsystem für alle Beteiligten anstrebens- und erhaltenswert ist. Eine Schule für alle – das ist ein demokratisches Zukunftskonzept. Die Bildungsgerechtigkeit lässt sich in wirklich gut ausgestatteten und konzipierten öffentlichen Schulen eher erreichen als in einem privatisierten Schulsystem, das letztlich die Minorität bevorzugt, die sich teure Schulen leisten kann.

Quelle: Die Tagespost
http://www.teachersnews.net/artikel/nachrichten/schulleitung/010835.php

---

Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise"
Inhaltliche und praktische Perspektiven der Proteste

Ratschlag und Aktionskonferenz am 27. / 28.6.09 in Kassel

Am 28.3.2009 haben die Proteste gegen die herrschende Politik in der Krise einen ersten sichtbaren Auftakt genommen. „Wir zahlen nicht für eure Krise" richtete den Blick auf Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Widersprüche, die durch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte verschärft wurden. (…) Am 16. Mai forderten Gewerkschaften ein Schutzschild für die Beschäftigten und die Bevölkerung statt für die Banken und Investoren; im Bildungsstreik der Schüler/innen und Studierenden werden die Bildungsbedingungen auch in den Kontext der Krise gestellt.
In den Protesten kommen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und ihre Forderungen langsam, zum Teil nur unter Schwierigkeiten zu gemeinsamen Grundlagen, Forderungen und Handlungsmöglichkeiten. Vieles ist ungeklärt: Was sind notwendige Sofortmaßnahmen, was können weitere Perspektiven sein?

In den sich verschränkenden globalen Krisen – Klima-, Hunger-, Finanz- und Wirtschaftkrise – wird die Herausforderung an unsere Forderungen und Kämpfe sichtbar:

- Wie kann die Verteidigung von Arbeitsplätzen ohne eine Verschärfung von Konkurrenz auskommen?
- Wie kann soziale Absicherung auch global so gestaltet werden, dass eine gerechte Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht ist?
- Wie können Perspektiven für eine ökologische Lebensweise entwickelt werden, die nicht im Widerspruch zu den Interessen der Beschäftigten steht, die aktuell am stärksten von Entlassungen bedroht sind?
- Wie kann eine ökologische Perspektive erarbeitet werden, die nicht in Konkurrenz zur Ernährungssicherheit der Armen der Welt steht?
- Wie kann eine solidarische Gesellschaft aussehen, in der Eigentum nicht zum Hindernis für Demokratie wird?
- Wie könnte eine gemeinsame Perspektive auf eine Gesellschaft aussehen, in der Profit nicht über den Menschen steht?

Die Proteste in Deutschland sind angelaufen, bleiben aber vorsichtig und verhalten. Wir wollen in den nächsten Monaten versuchen, in die öffentliche Diskussion um die Deutung der Krise und die Mittel zu ihrer Bekämpfung einzugreifen und Alternativen sichtbar zu machen.

Der Kreis der Einladenden bestand aus VertreterInnen von Attac, dielinke.sds, der Gewerkschaftslinken, Gruppe Soziale Kämpfe, dem Kasseler Widerstandsbündnis, Die Linke., Sozialprotestgruppen, Ver.di Stuttgart, Zukunfts- und Friedenswerkstatt und anderen aus den Bündnissen vom 28.März. (Aufruf in. SiG 72)

Beim Redaktionsschluss von SiG waren die Ergebnisse nicht bekannt, Vorschläge für die Strategiedebatten und für Aktionen sind aber unter http://www.kapitalismuskrise.org/aktionskonferenz-diskussion/ zu lesen

Eckregelsatz Hartz IV:
Mindestens 500 Euro statt 359 Euro!

3,94 € pro Tag für Essen und Trinken!

So „viel“ steht ab 1. Juli 2009 alleinstehenden Hartz-IV-BezieherInnen für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke pro Tag zu. Dieser Betrag entspricht zu 100 Prozent dem, was die unteren 20 % der Ein-Personen-Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für Ernährung ausgeben. Ihre Ausgaben sollen laut Regierung dem Bedarf entsprechen.

Die EVS ist die Grundlage für die Festsetzung der Regelsätze. Mehr als 3,94 Euro pro Tag sind auf dieser Basis nicht möglich.

Ein Durchschnittserwachsener im Alter von 18 bis 64 Jahren braucht rund 2.550 kcal, wenn er sich ausreichend ernähren und bewegen will. Erhebungen des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund ergaben, fortgeschrieben auf April 2009, dass ein Mensch 2,50 Euro pro 1.000 kcal braucht, um sich gesund zu ernähren. (*http://www.klartext-info.de/vortraege)* 3,94 Euro reichen nur für 1.580 kcal pro Tag. Für 2.550 kcal braucht man demnach 6,38 Euro pro Tag. Pro Monat fehlen rund 73 Euro. Dass Hartz IV die Ernährungsausgaben von armen Leuten mit „Bedarf“ gleichsetzt, ist unhaltbar.

-> **359 Euro bedeuten Mangelernährung**
0,49 Euro pro Tag für öffentliche Verkehrsmittel und 0,28 Euro pro Tag für Besuche von Cafés oder Gaststätten gesteht Hartz IV zu!
Das schließt von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aus. Hartz-IV-BezieherInnen sollen zu Hause bleiben. Sie müssen schon für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr 30 bis 40 Euro drauflegen. Bei „Verzehr außer Haus“ werden nur die reinen Kosten für verzehrte Lebensmittel und Getränke anerkannt, die man zu Hause hätte. Zu Hause jemanden bewirten, ist ebenfalls nicht vorgesehen.

--> 359 Euro bedeuten Isolation
Die z.B. von ver.di geforderten 435 Euro sind zu wenig, weil damit zwar die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft deutlich stärker berücksichtigt, die Mängelernährung aber akzeptiert wird.

Andererseits: Wenn man aber die Ausgaben unterer Verbrauchergruppen als Grundlage der „Bedarfsberechnung“ akzeptiert (wir tun es nicht), warum werden sie dann auf 359 Euro oder 435 Euro heruntergerechnet, obwohl sie ohne Warmmiete rund 500 Euro betragen? Warum sollen Hartz-IV-BezieherInnen schlechter leben als untere Verbrauchergruppen?

Die Bundesregierung gibt indirekt zu, dass man mindestens 500 Euro braucht, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Denn sie federt bei ehemaligen Alg-I-BezieherInnen den Absturz in Hartz IV für ein Jahr mit einem Zuschlag von maximal 160 Euro monatlich ab.

Hartz IV – Bedrohung für Millionen Beschäftigte

Den vielen, die in der jetzigen Krise arbeitslos werden, droht sehr rasch Hartz IV und damit Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation. Das lehnen wir ab.

Deshalb: Für Alleinstehende mindestens 500 Euro als Regelsatz!

Gesetzlicher Mindestlohn: Mindestens 10 Euro brutto die Stunde, lohnsteuerfrei!

Das Hartz-IV-Niveau zeigt, wie ärmlich das Lohnniveau von Millionen LohnarbeiterInnen in Deutschland ist.
Wenn Alleinstehende 7,50 Euro/Std. brutto verdienen, haben sie im Durchschnitt noch Anspruch auf Hartz IV. Aber schon bei 7,50 Euro gesetzlichem Mindestlohn droht das Kapital, Hunderttausende arbeitslos zu machen.
Erst mit zehn Euro brutto liegt man deutlich über dem Hartz-IV-Niveau. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto die Stunde.

Der Gesetzliche Mindestlohn muss als Existenzminimum lohnsteuerfrei sein!

Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn erscheint hoch, ist aber äußerst bescheiden. Für Familien reicht es nicht.
Ein Ehepaar mit zwei Kindern (5 und 9 Jahre) und einem Alleinverdiener hat im Juli 2009 im Bundesdurchschnitt bis zu einem Nettoeinkommen von 1.924 Euro Anspruch auf ergänzendes Hartz IV (1.112 Euro Regelsätze, idyllische 502 Euro Warmmiete - Stand 12/2007 - und 310 Euro Freibetrag für Erwerbstätige).

Nur mit steuerfinanziertem Kindergeld und einem Nettolohn ab 1.600 Euro bzw. 12,30 Euro/Std. kommt man aus Hartz IV heraus, … wenn die Warmmiete 502 Euro ist.

In der jetzigen Krise setzt das Kapital verstärkt auf Lohnsenkungen. Hartz IV steht dem im Weg. Denn hier wird der Kinderbedarf, d.h. der Bedarf des Nachwuchses der Arbeitskräfte, wenigstens grundsätzlich anerkannt. Regelsatzsenkungen stehen also auf der Agenda der Arbeitgeber.
Erwerbstätige werden gegen Erwerbslose aufgehetzt, weil das Armutsniveau von Hartz IV noch über dem Hungerlohnniveau von Millionen liegt. Wer für Kürzungen bei Hartz IV eintritt, kämpft nicht gegen Faulenzer, sondern für die Senkung von Löhnen und für die eigene Verarmung, wenn man nach einem Jahr Arbeitslosigkeit Hartz IV beantragen muss.

Wir hören sie jammern.

Es jammern alle, die milliardenschwere Gewinnsteuersenkungen und die Abschaffung der Vermögenssteuer für nichts Besseres verwendet haben als für Ausschüttungen an Aktionäre, Rückkäufe ihrer eigenen Aktien, Firmenübernahmen und Finanzwetten, Gewinnentnahmen aus ihren Firmen, Monatsgehälter ab 100.000 Euro, Monatspensionen ab 50.000 Euro und den entsprechenden Luxuskonsum.

Jetzt wollen diese Leute die Folgen ihres Profitsystems auf die ganze Gesellschaft abwälzen! Dagegen kämpfen wir und stellen uns ihnen mit unseren Forderungen entgegen!

Flugblätter zur Kampagne, Anfragen an die Politik und Antworten, weitere Informationen und den letzten Stand der UnterstützerInnen finden Sie auf unserer Website
www.500-euro-eckregelsatz.de

…….Attac ist Teil dieser Bewegung…….

Die „Frankfurter Erklärung“, beschlossen auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M am 26.5.2002

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs dereguliert und globalisiert.
- Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.
- Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeebnet. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im **Weltsozialforum** von Porto Alegre weiter entwickelt.

- *Attac will als **Teil der außerparlamentarischen Bewegung** einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.*
- *Attac streitet **für eine neue Weltwirtschaftordnung,** in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.*
- *Attac ist **Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung,** denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.*

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.
- Die Schließung der Steueroasen, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-Fonds).
- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.
- Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.
- Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.
- Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.
- Ein System der solidarischen Alterssicherung.
- Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der Internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
- Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gen-technisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsauflagen, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!